

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hartmut Wasser

Die Deutschen und Amerika
Umriss einer Beziehung

Rüdiger Bernd Wersich

Die Wirtschaftsbeziehungen
zwischen Deutschland
und den Vereinigten Staaten

B 26/76

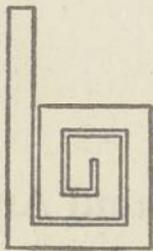
26. Juni 1976

Hartmut Wasser, Dr. phil. habil., geb. 1937; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Anglistik in Tübingen und München; Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Weingarten, Gastdozent der Stanford University.

Veröffentlichungen u. a.: Die politischen Parteien, Lübeck 1966; Politische Bildung am Gymnasium. Problematik und Praxis, Lübeck 1967; Parteiwesen und parlamentarische Demokratie, Heusenstamm 1970; Wehrdienst und Zivildienst. Ein Arbeitsbuch für den Politikunterricht, 2. Aufl. Paderborn 1976; Deutschland deine Legenden. Berichtigungen zur deutschen Geschichte von Bismarck bis Brandt, Stuttgart 1974 (gem. mit Gerhart Binder); Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1974; Demokratie als Prinzip staatlich-politischer Herrschaftsordnung, Stuttgart 1976; Demokratisierung der Gesellschaft — Chancen und Grenzen, Stuttgart 1976 (Klett-Quellenhefte).

Rüdiger Bernd Wersich, geb. 1941; Studium in Frankfurt/Main, Trenton/New Jersey und München; Lehrtätigkeit in der Erwachsenenbildung in Schweden; wiss. Assistent im Deutschen Bundestag von 1969 bis 1972.

Veröffentlichungen u. a.: Zeitschriftenaufsätze und Hörfunkmanuskripte zu zeitgeschichtlichen Themen Schwedens und der USA (Studium und Studienreform, Verhältnis Deutschland—Amerika seit dem Zweiten Weltkrieg); Betriebsdemokratie und Mitbestimmung in Schweden, in: Fritz Vilmar (Hrsg.), Industrielle Demokratie in Westeuropa, Hamburg 1975.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Deutschen und Amerika

Umriss einer Beziehung

Zweihundert Jahre Unabhängigkeit der USA bieten derzeit Anlaß zu mancherlei Reflexionen, zu historisierender Rückschau auf den Entwicklungsgang des transatlantischen Gemeinwesens ebenso wie zu gegenwartsbezogener Analyse des soziopolitischen „Systems“ USA und seiner Position im Rahmen der Internationalen Politik. Sie mögen angesichts der Bedeutung der Vereinigten Staaten für den Gang der deutschen Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert und vor allem für das politische und kulturelle Selbstverständnis der Bundesrepublik auch eine Rückbesinnung auf das deutsche Amerikabild der letzten zwei Jahrhunderte rechtfertigen, jene seltsame Komposition aus Mißverständnis, Verzerrung, Halbwahrheit und Legende, die eigentlich erst in unserer Gegenwart realistischere Züge gewinnt.

Welch unheilvolle Rolle jene hybride Überschätzung des „deutschen Weges“ im europäisch-atlantischen Raum, der festverwurzelte Glaube an die höhere Effizienz eines politisch-gesellschaftlichen Autoritarismus, gepaart mit höhnender Geringschätzung demokratisch verfaßter Gemeinwesen, im geschichtlichen Leben unseres Volkes gespielt hat, offenbart sich in schonungsloser Klarheit gerade im deutsch-amerikanischen Beziehungsgeflecht. Vom „Neuen Kurs“ wilhelminischer Außenpolitik erstreckt sich die Kontinuität des Irrtums zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Handlungsstrategie bis hin zum bitteren Ende des Jahres 1945; was Literaten-Überheblichkeit und klischeeverhaftete Kulturphilosophie an „Amerika-Deutung“ vorbereitet hatten, gebar nach 1890 unheilträchtige politische Konsequenzen. Der Irrtum klang in der verantwortungslosen Leichtfertigkeit an, mit der die Oberste Heeresleitung unter den Generalen Hindenburg und Luden-

dorff die Macht der USA öffentlich bagatellisierten, um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erzwingen; er brachte sich zu Gehör in Hitlers wildem Trotz, die ganze Welt in die Schranken zu fordern, eben und gerade auch die Vereinigten Staaten, die doch vor kurzem erst einen Weltkrieg gegen das Deutsche Reich entschieden hatten; er wirkt weiter in jenem irrational getönten Antiamerikanismus des politischen Extremismus unserer eigenen Zeit.

Dem deutschen Amerika-Bild in Vergangenheit und Gegenwart soll im folgenden unrißhaft nachgespürt werden¹⁾. Nach dem Gesagten mag ein solcher Versuch auch zur Skizze politisch-psychologischer Verfehlungen deutscher Geistes- und Sozialgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte geraten. Der knapp bemessene Raum gebietet unserer Darstellung äußerste Reduktion eines komplexen Sachverhalts; daß sie den Vorwurf der Simplifizierung nach sich ziehen könnte, läßt sich wohl kaum vermeiden. Dennoch mag der Aufweis von Grundmustern, die das deutsche Denken über Amerika kontinuierlich durchziehen, insofern gerechtfertigt sein, als sie die schwer durchschaubare Realität auf nachvollziehbare Weise erhellt und gleichzeitig das Bedürfnis nach einer intensiveren Beschäftigung mit unserem Thema wecken kann²⁾.

¹⁾ Die hier gemachten Aussagen werden detaillierter begründet und quellenmäßig abgesichert im Einleitungskapitel eines Amerika-Buches des Verfassers, das 1977 bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinen wird.

²⁾ Dazu u. a. Ernst Fraenkel, *Amerika im Spiegel gel des deutschen politischen Denkens*, Köln/Opladen 1959; Manfred Henningsen, *Der Fall Amerika. Zur Sozial- und Bewußtseinsgeschichte einer Verdrängung*, München 1974; S. Bauschinger/H. Denkler/W. Malsch (Hrsg.), *Amerika in der deutschen Literatur*, Stuttgart 1975.

I. Die USA im Spiegel deutschen Denkens von der amerikanischen zur französischen Revolution

Europa weiß seit langem, daß das Jahr 1776 eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeleitet hat. Politische Ideen europäischen Ursprungs verwirklichten sich in Amerika und gewannen universalen Charakter, angelsächsische Ansätze einer modernen Regierungs- und Institutionenordnung wurden in der Neuen Welt ausgebaut und systematisiert: Die Idee staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit (wenngleich von der Verfassung dem indianischen und schwarzen Bevölkerungselement vorenthalten), das Prinzip des auf Volkssouveränität und Gesellschaftsvertrag gegründeten Gemeinwesens, der Glaube an die Gestaltungskraft der Vernunft im politisch-sozialen Raum, Lehren vom rationalen Machterwerb, Machtkontrolle und Machtverlust, angelsächsische Selbstverwaltungstraditionen und britische Parlamentarismustendenzen, die Idee der Repräsentation und des Föderalismus (zumindest letztere eine genuin amerikanische Schöpfung), neue Legitimationsweisen der Politik in Großgesellschaften also, die künftig Herrschafts- und Willensbildungsprozesse demokratisch verfaßter Flächenstaaten bestimmen sollten³⁾.

Haben die deutschen Zeitgenossen der Jefferson und Washington, der Franklin, Paine, Hamilton und Madison: haben die Kant, Goethe, Schiller, Herder und Lessing, hat die öffentliche Meinung insgesamt die weltpolitische Bedeutung des amerikanischen Geschehens im Zeichen von Unabhängigkeitskrieg und Staatsgründung erkannt und gewürdigt? Trotz intensiver Nachforschungen deutscher und amerikanischer Historiker hat sich kein nennenswerter Widerhall der transatlantischen Vorgänge in Deutschland feststellen lassen. Dieser Tatbestand läßt sich schwerlich mit Informations- und Kommunikationsdefiziten am Ausgang des 18. Jahrhunderts erklären; Nachrichten aus Amerika strömten durch mancherlei Kanäle nach Europa. Zwar fällt bei einer

vergleichenden Betrachtung der Buchpublikationen, die in verschiedenen Sprachen über Amerika zwischen 1760 und 1790 erschienen sind⁴⁾, der Umstand ins Auge, daß Deutschland nur mit Campes 1780 veröffentlichten Werk „Die Entdeckung von Amerika“ vertreten ist. Daraus jedoch die Annahme abzuleiten, es seien die Informationsquellen über die Vereinigten Staaten hierzulande allzu spärlich geflossen, wäre angesichts der Wirklichkeit eines Zeitschriften-, vor allem aber eines Buchmarktes völlig verfehlt, dessen international-französischer Charakter sich auch in Deutschland sowohl in der Publikation französischer Werke als auch in vielfältigen Übersetzungen ausländischer Neuerscheinungen niederschlug. Wo Besitz und Bildung nicht ausreichten, um solche Informationschancen zu nutzen, sorgten amerikanische Propagandaschriften, wohl auch Berichte heimkehrender Soldaten, für weiterreichende Möglichkeiten öffentlicher und privater Meinungsbildung. In Berlin förderte Friedrich der Große, obzwar durchaus kein Bewunderer rebellischer Untertanen, die Veröffentlichung manchen proamerikanischen Pamphlets, um seinem Unmut über die britische Kontinentalpolitik Luft zu machen; in süddeutschen Landen regten sich Sympathien für die amerikanische Sache, die etwa der Journalist und Poet *Schubart* vor und nach seiner langjährigen Haft auf dem Hohenasperg in der „Deutschen Chronik“ und der „Vaterlandschronik“ enthusiastisch artikuliert.

Doch blieb insgesamt die deutsche Beschäftigung mit dem amerikanischen Revolutionsphänomen am Rande des zeitgenössisch-europäischen Amerikastreites angesiedelt⁵⁾. Eine so bedeutsame Schrift wie die „Federalist Papers“, kongeniale Interpretation von Wesen und Zielen der amerikanischen Verfassung,

³⁾ Einen guten Überblick über Prinzipien und Bedeutung des amerikanischen Geschehens von 1776 bis 1787 vermitteln Willi Paul Adams, *Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit. Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution*, Neuwied 1973; Ernst Fraenkel, *Das amerikanische Regierungssystem*, Köln/Opladen 1962²; Alfred Kelly u. Winfried A. Harbison, *The American Constitution. Its Origins and Development*, New York 1970⁴; Kurt L. Shell, *Das politische System der USA*, Stuttgart 1975.

⁴⁾ Eine diesbezügliche tabellarische Übersicht findet sich bei R. R. Palmer, *Das Zeitalter der demokratischen Revolution. Eine vergleichende Geschichte Europas und Amerikas von 1760 bis zur Französischen Revolution*, Frankfurt 1970, S. 262 ff.
⁵⁾ Dies wird auch deutlich in der einschlägigen Untersuchung von Harold Jantz, *Amerika im deutschen Dichten und Denken*, in: *Deutsche Philologie im Aufriß*, hrsg. v. W. Stammer, Bd. III, 2., überarbeitete Aufl., Berlin 1962, Sp. 310 ff., obwohl der Autor entgegen seinem Untersuchungsbefund mit Erstaunen auf den wertvollen Beitrag der Deutschen zur Deutung des amerikanischen Phänomens hinweist.

geschrieben während ihrer Beratung und Ratifikation von einflußreichen Denkern und Politikern wie *Hamilton*, *Madison* und *Jay*, ist den deutschen Zeitgenossen, wissen wir es recht, gänzlich unbekannt geblieben und auch erst in unseren Tagen ins Deutsche übertragen worden. In einem Lande, das inzwischen unbeschränkte Monarchenwillkür überwunden, sie zum aufgeklärten Absolutismus geläutert hatte, der, obzwar drückend genug, doch rechtsstaatliche Ansätze erkennen ließ und bürgerlicher Emanzipation keine unüberwindbaren Schranken zu setzen schien, fanden die Auseinandersetzungen zwischen dem aufklärerisch-rationalistischen Prinzip der Volkssouveränität und monarchisch-parlamentarischem Machtanspruch Großbritanniens offensichtlich geringeren Widerhall als etwa beim französischen Nachbarn, wo ein allzu rigider Absolutismus die Gesellschaft von einer Krise in die andere taumeln ließ.

Mehr noch: Das kleinstaatliche Gepräge des Deutschen Reiches ließ keine Weltoffenheit gedeihen, keine den eng begrenzten Horizont sprengenden Perspektiven. Historiker, Soziologen und Psychologen haben Wurzeln und Wirkungen des deutschen Provinzialismus ausführlich analysiert und die spezifisch deutsche Philosophie der „Innerlichkeit“ aus politisch-sozialpsychologischen Gegebenheiten abgeleitet. Was anders als eben diese Philosophie tritt uns in Goethes Bemerkungen über Amerika entgegen? Es sei die Welt interessiert gewesen, so hat er in „Dichtung und Wahrheit“ kundgetan, als ein ganzes Volk Miene machte, sich zu befreien; „ich selbst und mein engerer Kreis befaßten uns nicht mit Zeitungen und Neuigkeiten; uns war darum zu tun, den Menschen kennen zu lernen: die Menschen überhaupt ließen wir gern gewähren.“⁶⁾ Gewiß hat der reife Goethe der Weimarer Zeit solch apolitische Haltung gerade auch den Vereinigten Staaten gegenüber revidiert; doch kennzeichnet unser Zitat viel schärfer den Zustand deutschen Denkens, das die Erkundung und Vermittlung politisch-sozialer Aktualität nicht einmal da betrieb, wo es die weltgeschichtliche Dimension des Geschehens ahnend erfaßte.

Unter der Wucht der revolutionären Ereignisse in Frankreich ist das transatlantische Geschehen nicht nur in Deutschland vollends in den Hintergrund gerückt. Manfred Hennings-

sen hat das Amerikabild der Europäer als Ausdruck einer sozial- und geistesgeschichtlichen „Verdrängung“ der Vereinigten Staaten aus dem europäischen Bewußtsein interpretiert: Seit der Französischen Revolution habe Amerika in der Sicht der Europäer nur ein unselbständiges Anhängsel, einen epigonalen Ableger abendländischer Kultur gebildet, Verkörperung eines allein auf „weltlichen Nutzen“ (Heine) ausgerichteten Gemeinwesens „furchtbarster Nüchternheit“ (Lenau). Gerade für Deutschland glaubt Henningsen eine Kontinuität der Verdrängung nachweisen zu können, vor allem im Gefolge hegelianischer Traditionen, und zwar von der Zeit ihres Begründers bis hin zu den Tagen der Frankfurter Schule und der „Neuen Linken“; in ihr erblickt er die eigentliche Ursache des deutschen Antiamerikanismus von der Romantik bis hin zur Gegenwart. Zweifelsohne überspitzt Henningsen seine These: „Verdrängung“ und Ablehnung Amerikas gehören nicht so eng zusammen, wie er uns suggerieren will. Oft mögen Indifferenz und Indolenz eine größere Rolle dabei gespielt haben, gerade etwa auch in Hegels Amerikabild. Ebenso ließen sich Beispiele für Zusammenhänge ganz anderer Art anführen: Der Anti-Amerikanismus des Nationalsozialismus etwa speiste sich viel eher aus der Anerkennung Amerikas als eigenständiger, wenngleich „artfremder“ Realität; auch die gegenwärtige antiamerikanische Agitation politischer Extremisten „verdrängt“ das Faktum Amerika nicht, sie sieht vielmehr in der Weltmacht USA und ihrem „Globalismus“ ein Phänomen sui generis, das es zu bekämpfen gilt. Sicher kann man aber Henningsens These zustimmen, daß, wann und wo immer Deutsche nach 1789 über Amerika reflektierten, dies in europazentrischer Perspektive geschehen sei.

Konservative Publizisten wie die Hannoveraner Kanzleiräte *Ernst Brandes* und *August Wilhelm Rehberg*, beide im Umkreis der Göttinger Georgia Augusta-Universität tätig, haben ebenso wie der spätere Sekretär Metternichs, *Friedrich Gentz*, das amerikanische Geschehen durch die Brille der Französischen Revolution gedeutet: Der scharfen Kritik an dem radikaldemokratischen Credo, der angeblich ahistorischen Attitude und abstrakt-doktrinären Verfassungstheorie der Franzosen kontrastierte die positive Würdigung der amerikanischen „Rebellion“, die als konservative Verteidigung althergebrachter Rechte gegenüber britischer Machtarroganz und als realitätsnahe Fortentwicklung von geschicht-

⁶⁾ Dichtung und Wahrheit, 4. Teil, Buch 17, in: Goethes Werke, Hamburger Ausgabe, Bd. X, S. 114.

lich Gewachsenem und Respektiertem gedeutet wurden⁷⁾. Diese Wertungen sind einigermaßen befremdend für den, der unbefangenen die Verfassungsdokumente vergleicht. Ein so intimer Kenner der entwicklungsgeschichtlichen, politischen und rechtshistorischen Bezüge der Menschenrechts-Deklarationen wie der Staatsrechtler *Georg Jellinek* ist zu einem ganz anderen Ergebnis gelangt: „Die Vergleichung der amerikanischen mit der französischen Erklärung zeigt zunächst, daß die Aufstellung abstrakter und darum vieldeutiger Prinzipien beiden gemeinsam ist, nicht minder das Pathos, mit dem sie vorgetragen werden. Die Franzosen haben nicht nur die amerikanischen Ideen, sondern auch die Form rezipiert, die sie jenseits des Ozeans empfangen haben. Gegenüber dem Wortreichtum der Amerikaner zeichnen sich die Franzosen sogar durch eine im Charakter ihrer Sprache gelegene Kürze und Bündigkeit aus.“⁸⁾

Wo jedoch der historische Sinn unsere drei Konservativen immerhin noch vor allzu undifferenzierten Gleichsetzungen bewahrte, gerieten im politischen Tagesstreit um Für und Wider revolutionärer Legitimation das transatlantische Gemeinwesen und seine liberaldemokratischen Verfassungsprinzipien ganz in

den Sog der Französischen Revolution, die als die eigentliche Zäsur der Moderne und als Modell globaler Relevanz gewertet wurde. Wir können in diesem Beitrag nicht der Frage nachspüren, worin und inwieweit Amerika und Frankreich gleiche oder getrennte Wege gingen, ob der Calvinismus der puritanischen Begründer Neuenglands, der aufklärerische Deismus des 18. Jahrhunderts oder das Erlebnis von „Wildnis“ und „Grenze“ nicht eine spezifisch amerikanische Identität, ein eigentümlich geordnetes Muster gesellschaftlicher Interaktion zeugten, ein Selbstverständnis von politisch-sozialer Verfaßtheit, die mit den Maßstäben europäischer Geschichtserfahrung nicht adäquat zu fassen waren; für unseren Zusammenhang genügt der Hinweis, daß sich deutschem Denken über Amerika diese Frage gar nicht stellte. Das amerikanische Phänomen mochte günstigenfalls auf distanzierte Sympathie im Lager derer stoßen, die mit frankophil-revolutionären Parolen nicht hinterm Berg hielten; es rief erbitterte Ablehnung dort hervor, wo man es mit der verhaßten Eruption von 1789 ursächlich verband. Im Widerstreit der politischen Positionen wollten Versuche nicht gedeihen, die Interpretation der USA am Maßstab historischer Objektivität zu orientieren.

II. Zur Entwicklung des deutschen Amerikabildes im 19. Jahrhundert

Versuchen wir, die langsam steigende Flut deutscher Amerika-Interpretationen im 19. Jahrhundert auf Grundmuster zu reduzieren, so lassen sich drei Ebenen der literarischen Beschäftigung erkennen: Zum einen spielt die Auseinandersetzung mit dem verfassungsrechtlichen Institutionengefüge der USA eine wichtige Rolle in den politischen Reformbemühungen des Vormärz-Liberalismus und der deutschen Revolution von 1848, wie denn verfassungspolitisches Interesse am Modell USA

stets dann erwachen wird, wenn Deutschland selbst dem Wagnis konstitutionellen Neubeginns ausgeliefert ist. Zu solch pragmatisch-politisch orientierter Perspektive kann auch die wirtschaftliche Dimension gerechnet werden: Von Friedrich List über Georg von Siemens bis hin zu Walter Rathenau und einflußreichen Wirtschaftskreisen der Weimarer Republik sind Forderungen nach ökonomischer Modernisierung Deutschlands unter Berufung auf den Vorbildcharakter amerikanischen Wirtschaftens artikuliert worden.

⁷⁾ Vgl. Brandes' „Betrachtungen über die Französische Revolution“, Jena 1790; Rehbergs „Untersuchung über die Französische Revolution nebst kritischen Nachrichten von den merkwürdigsten Schriften, welche darüber in Frankreich erschienen sind“, 2 Teile, Hannover und Osnabrück 1793; Friedrich Gentz, *Der Ursprung und die Grundsätze der Amerikanischen Revolution, verglichen mit dem Ursprung und den Grundsätzen der Französischen*, Berlin 1800.

⁸⁾ Georg Jellinek, *Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*, München und Leipzig 1927⁴, S. 29.

Zweitens rückt Amerika ins Blickfeld philosophischer Spekulation; dabei frappt die europazentrische Unbekümmertheit der Betrachtungsweise, die sowohl den intellektuell-philosophischen wie den sozio-ökonomischen Deutungsversuch des weltgeschichtlichen Entwicklungsganges bestimmt. Und drittens läßt sich ein im engeren Sinne kulturelles Räsonieren über das Phänomen Amerika beobachten, das von romantischer Welt- und

Lebensschau geprägt wird und eine Fülle anti-amerikanischer Ressentiments und Vorurteile zeugt⁹⁾.

1. Das verfassungspolitische Modell Amerika in deutscher Sicht

Bis zur Paulskirchenbewegung von 1848 stößt das Verfassungsrecht der USA auf das vitale Interesse einer deutschen Staatswissenschaft liberaler Prägung, die über konstitutionelle Reformen im Deutschen Bund wie seinen Mitgliedsstaaten reflektiert. Die Führer des südwestdeutschen Liberalismus — *Robert von Mohl*, *Karl von Rotteck* und *Karl Theodor Welcker* — hatten sich seit den zwanziger Jahren ebenso wie der norddeutsche Verfassungshistoriker *Gustav Waitz* dem Studium des amerikanischen Herrschaftsmodells zugewandt und brachten 1848 ihre Kenntnisse als Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung in deren Verfassungsberatungen ein¹⁰⁾. Vor allem hat sie bei ihren Untersuchungen das Phänomen bundesstaatlicher Ordnung fasziniert: Daß „der nordamerikanische Bundesstaat für seinen umfassenden Zweck und den dadurch bestimmten Inbegriff innerer und äußerer Regierungsrechte eine, wenn auch beschränkte, doch wirkliche souveraine Oberregierungsgewalt über das ganze Bundesgebiet, allgemeine Gehorsams- und Unterthanenpflicht für die Regierungen und Bürger und eine große Beschränkung selbst der persönlichen Souveränität der ersteren (begründet, d. Verf.), so daß dieselben nie unbeschränkt ‚souverain‘ genannt oder gar die Bewahrung ihrer ‚Souveränität‘ als Bundes-

zweck erklärt werden könnte“¹¹⁾; daß „vierundzwanzig verschiedene Staaten in einen einzigen Körper vereinigt, das Beispiel einer wirksamen und gegen Außen und Innen trotz mancher Mängel schützenden gemeinschaftlichen Regierung geben“ — beweise dies nicht, „daß es wenigstens manchmal der Mensch selbst in großer Masse über sich gewinnen kann, die kleinlicheren Interessen der Erreichung höherer Zwecke aufzuopfern“?¹²⁾ Dies wird mit erstaunter Genugtuung konstatiert und zur Nachahmung empfohlen.

Wenngleich die Schattenseiten amerikanischer Verfassungswirklichkeit durchaus gesehen wurden, überwog im Amerikabild dieser Liberalen doch die bewundernde Anerkennung für den gelungenen Versuch der freiheitlichen Gestaltung eines modern-progressiven Großflächenstaates, die allerdings in dem Maße ihre politische Wirksamkeit einbüßte, wie nach dem Scheitern der Paulskirchenbewegung konservativ-reaktionäre Ordnungsmodelle einmal mehr in Deutschland dominierten. Zwar wiesen in den Jahren der deutschen Einigung Historiker wie *Heinrich von Treitschke* oder *Konstantin Frantz* bei Erörterungen des künftigen Verhältnisses von Gesamtstaat und Einzelstaaten in Deutschland noch einmal auf die amerikanische Verfassungsordnung hin. Ebenso beschäftigten sich die Mitglieder des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung im Jahre 1919 ausführlich mit Vorzügen und Schwächen des transatlantischen Ordnungsmodells, um Anregungen für die eigene Arbeit zu gewinnen. Gerade das Werk der Weimarer Nationalversammlung offenbarte jedoch die fort-dauernde Aktualität der Warnungen *Robert von Mohls*, die dieser schon 1824 gegen „gefährliche Theorienweisheit“ und „metaphysische Hirngespinnste“ im Bereich der Staatseinrichtungen und konstitutionellen Grundprinzipien erhoben hat. Denn weit davon entfernt, den Entwurf einer praktikablen und freiheitssichernden Herrschaftsordnung zu fördern, hat das amerikanische Verfassungsphänomen, wie es den Weimarer Debatten vorschwebte, eher zu einer Mischung letztlich inkompatibler Staatsgestaltungsprinzipien geführt.

⁹⁾ Der Verfasser ist sich bewußt, daß diese Einteilung geistige Prozesse zerlegt, die vielfach zusammenlaufen, daß sie mancherlei Aspekte des facettenreicheren Amerikabildes, etwa den poetischen, übergeht, daß sie auch das Amerika-Erlebnis etwa der europäisch-deutschen Unterschichten ausklammert, deren Massenemigration jedoch, wie Henningsen richtig bemerkt, das „Verdrängungs“-Syndrom in keiner Weise berührt hat.

¹⁰⁾ Eine ausführliche Darstellung der liberalen Beschäftigung mit dem konstitutionellen Vorbild Amerika im frühen 19. Jahrhundert findet sich bei Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Bd. II, Freiburg 1949, S. 90 ff.; zur Diskussion über das amerikanische Regierungssystem in der Frankfurter Paulskirche vgl. Eckhart G. Franz, *Das Amerikabild der deutschen Revolution von 1848/49*, Heidelberg 1958; zum damaligen amerikanisch-deutschen Verhältnis vgl. Günter Moltmann, *Atlantische Blockpolitik im 19. Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten und der deutsche Liberalismus während der Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1973.

¹¹⁾ Karl Theodor Welcker, Stichwort „Bund“, in: *Staatslexikon*, hrsg. v. Karl v. Rotteck u. Karl Th. Welcker, Altona 1836, 3. Bd., S. 81 ff.

¹²⁾ Robert von Mohl, *Das Bundesstaatsrecht der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika*, Stuttgart/Tübingen 1824, S. VI ff.

Selbst ein so gelehrter Mann wie der Staatsrechtler und Publizist *Hugo Preuß*, von *Friedrich Ebert* im November 1918 in das Amt des Staatssekretärs des Inneren berufen und mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für die künftige deutsche Republik betraut, ist über das amerikanische Phänomen gestolpert. Er, der eine „Präsidentialverfassung“ befürwortete, die einen nach amerikanischem Vorbild mit weitreichenden Machtkompetenzen ausgestatteten Präsidenten an die Spitze des Staates stellen sollte, lehnte das präsidentielle System der USA ab, weil es zum einen allzusehr den Dualismus von Exekutive und Legislative des deutschen Konstitutionalismus widerspiegele, den es gerade zu überwinden gelte, und weil es zum andern durch „geistige Verarmung und politische Verödung des Parlaments“ und durch das altbekannte „Beutesystem bei der Besetzung der Verwaltungsämter“ charakterisiert sei¹³⁾. *Ernst Fraenkel* hat zu Recht angemerkt, daß ein solches Urteil nicht eben intime Kenntnis des amerikanischen Systems verriet, wenig Vertrautheit auch mit der praktischen Umsetzung amerikanischen Verfassungsrechts in politische Wirklichkeit¹⁴⁾. Es blieb Preuß verborgen, daß der politische Einfluß eines Parlaments keineswegs ausschließlich davon abhängt, daß die Regierung durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann; der Politikwissenschaftler und kommende Präsident der Vereinigten Staaten, *Woodrow Wilson*, hatte in seinem kurz zuvor erschienenen Werk über „Congressional Government“ den Nachweis geführt, daß gerade im Rahmen einer Präsidentendemokratie das Parlament einen überragenden Einfluß ausüben vermöge. Auch ließ sich das „Beutesystem“ keinesfalls aus strukturellen Gegebenheiten einer Präsidentendemokratie ableiten; vielmehr verkörperte es singuläre amerikanische Methoden bei der Rekrutierung des „Civil service“, die zu Preuß' Zeiten weitgehend schon bürokratischen Auswahlancen kontinentaleuropäischer Prägung gewichen waren. Mangelhafte Vertrautheit mit amerikanischer Verfassungswirklichkeit hat letztlich die Weimarer Verfassungsväter veranlaßt, jenes Mischsystem aus plebiszitärer Präsidentendemokratie und repräsentativ-parlamentarischer Herrschaftsstruktur zu

entwerfen, dessen problematische Konsequenzen sich rasch abzeichneten.

Wenn Irrtümer und Fehleinschätzungen des amerikanischen Phänomens schon in den Reihen derer anzutreffen waren, zu deren Profession die vergleichende Analyse des internationalen Verfassungswesens gehörte, wie mochte es dann um das Amerikabild derer bestellt sein, die aus der Höhe philosophischer Schau über den Gang der Weltgeschichte spekulierten?

2. Amerika im Spiegel der deutschen Geschichtsphilosophie

Fragmentarisches Wissen um das Phänomen Amerika kennzeichnet auch die großen Versuche des 19. Jahrhunderts von Hegel über Marx/Engels bis hin zu Nietzsche, die Weltgeschichte einer Gesamtdeutung zu unterwerfen. Hegel, von der Französischen Revolution fasziniert, in seiner Philosophie beständig um dieses epochale Ereignis kreisend¹⁵⁾, erkennt dem amerikanischen Geschehen, wo er es denn erwähnt, nur periphere geschichtliche Bedeutung zu. In seinen *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* umreißt er den stufenweisen Aufbau der Geschichte der Menschheit als Phasen der Selbstentfaltung des Weltgeistes. Von Amerika ist ganz sporadisch im einführenden Teil die Rede, auf ganzen vier Seiten, die von der „Neuen Welt“ handeln. Daß dieses Amerika nicht weltgeschichtsfähig sei, zumindest nicht in absehbarer Zeit, steht für den Philosophen ganz außer Frage, schon deshalb, weil zu viele Hindernisse einer konsolidierten Staatlichkeit der USA entgegenstehen. „Was das Politische in Nordamerika betrifft“, schreibt Hegel, „so ist der allgemeine Zweck noch nicht als etwas Festes für sich gesetzt. . . Nordamerika ist noch nicht als ein gebildeter und ausge-reifter, sondern als ein Staat zu betrachten, der noch im Werden ist; er ist noch nicht soweit vorgerückt, um das Bedürfnis des Königstums (!) zu haben.“¹⁶⁾ Amerika wird seine weitere Europäisierung abwarten müssen, ehe es am Prozeß der Weltgeschichte teilhaben kann. Getrost schließt Hegel seine Reflexionen über die Neue Welt: „Nachdem wir die Neue Welt und die Träume, die sich an sie knüpfen können, abgetan, gehen wir nun zur Alten Welt

¹³⁾ Hugo Preuß, Deutschlands republikanische Reichsverfassung, Berlin 1920, S. 68.

¹⁴⁾ Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: Recht und Staat, H. 219/220, Tübingen 1958, S. 48 ff.

¹⁵⁾ Dazu J. Ritter, Hegel und die Französische Revolution, Frankfurt 1965.

¹⁶⁾ G. W. F. Hegel, Die Vernunft in der Geschichte, hrsg. v. J. Hoffmeister, Hamburg 1955, S. 206 ff.

über, das heißt zum Schauplatz der Weltgeschichte ...“¹⁷⁾.

Auch Marx und Engels wollen den USA historische Potenz nur für eine Zukunft einräumen, die, wie Henningsen treffend bemerkt, als „eine Extrapolation der europäischen Geschichte“ erscheint. Ihre europazentrisch orientierte Amerika-Interpretation mutet um so erstaunlicher an, wenn man das wohlmeinende Interesse und den eindringlich-analytischen Eifer der beiden in Sachen USA mit dem ideologisch verzerrten und Fakten souverän negierenden Antiamerikanismus des orthodoxen Marxismus späterer Jahrzehnte vergleicht.

Daß das Amerikabild von Marx und Engels auf positive Grundtöne gestimmt war, läßt sich an vielen Stellen ihres Werkes nachweisen¹⁸⁾. Von unverkennbarer Sympathie getragen sind schon die frühen Äußerungen der beiden über die kommunistischen Sozialexperimente in der Neuen Welt, die eines Tages, wer mochte es wissen, als Fanal für die so fatalistisch abwartende europäische Intelligenz wirken konnten¹⁹⁾. Voller Ungeduld hofften sie auf die Hebelkraft der sozialistischen Theorie, welche die amerikanischen Massen „via Sozialismus“ in Bewegung setzen würde. Was sich in Marx' *Achtzehntem Brumaire des Louis Bonaparte* von 1852 andeutete — die Interpretation der amerikanischen Gesellschaftsstruktur als eines auf dem Wege zur Klassenfixierung befindlichen Phänomens — bricht sich in jener Grußadresse der Internationale heftig Bahn, die Marx zur Wiederwahl von Abraham Lincoln Ende 1864 verfaßte: „Vom Anfang des amerikanischen Titanenkampfes fühlten die Arbeiter Europas instinktmäßig“, so formulierte Marx, „daß an dem Sternbanner das Geschick ihrer Klasse hing... Die Arbeiter Europas sind von der Überzeugung durchdrungen, daß, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Mittelklasse einweihete, so der amerikanische Krieg gegen die

Sklaverei eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Arbeiterklasse einweihen wird. Sie betrachten es als Wahrzeichen der kommenden Epoche, daß Abraham Lincoln, dem starksinnigen, eisernen Sohn der Arbeiterklasse, das Los zugefallen ist, sein Vaterland durch den beispiellosen Kampf für die Erlösung einer geknechteten Race und für die Umgestaltung der sozialen Welt hindurchzuführen.“²⁰⁾ Was *Ernst Nolte* anhand seiner eindringlichen Analyse der Marxschen Bonapartismustheorie konstatiert hat — das widerspruchsvolle Spannungsverhältnis zwischen einer „Idealsoziologie“ und einer „Realsoziologie“²¹⁾ —, das charakterisiert auch das Marxsche Amerikabild: Der empirische Analytiker Marx hat sich — man lese seine Artikel über die inneren Vorgänge in den bürgerkriegsgeschüttelten USA für die Leser der *Wiener Presse* — der uneuropäischen Entwicklung der USA nicht zu verschließen vermocht; die „Idealsoziologie“ des spekulativen Geschichtsphilosophen jedoch verdrängte die historisch singuläre Praxis durch ihre gewaltsame Einbettung in die globale Theorie des Klassenkampfes und verfehlte so, wie schon zuvor der Philosoph Hegel, die genuine Essenz amerikanischer Wirklichkeit.

3. Amerika in der kulturkritischen Beurteilung der Deutschen

Der Grundtenor deutschen Reflektierens über Amerika wird durch das ganze 19. Jahrhundert von Vorstellungen beherrscht, wie sie sich im Bereich der Romantik entfalteten; und manches heutige Klischee, manch aktuelle Legende über das Land jenseits des Atlantiks wurzeln im Dunstkreis dieser Tradition. Einer so ganz dem Glauben an die Bedeutung historisch-organischen Wachstums für die Hervorbringung von Kultur verpflichteten Bewegung wie der deutschen Romantik mußte das transatlantische Gemeinwesen gleichsam als Nichts erscheinen, unfähig in jedem Falle zu kultureller Schöpfung. Mochten Rationalismus und Materialismus, wie man sie im revolutionären Geschehen und der Verfassungsentwicklung Amerikas von 1776 bis 1789 am Werke sah, auch zivilisatorische Formen schaffen, so waren diese doch von den kulturellen

¹⁷⁾ G. W. F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, in: Werke in zwanzig Bänden, Frankfurt 1970, Bd. 12, S. 115.

¹⁸⁾ Vgl. M. Henningsen, Das Amerika von Hegel, Marx und Engels, in: Zeitschrift für Politik, 20. Jg., 1973, H. 3, S. 224 ff.; Karl Marx und Frederick Engels, The Civil War in the United States, New York 1961; Karl Marx and Frederick Engels, Letters to Americans 1848—1895, New York 1953.

¹⁹⁾ Dazu Lewis S. Feuer, Marx and the Intellectuals. A Set of Post-Ideological Essays, New York 1969, bes. S. 180 ff.

²⁰⁾ Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 16, Berlin 1968, S. 18.

²¹⁾ Ernst Nolte, Idealsoziologie und Realsoziologie im Werk von Marx und Engels. Ein Beitrag zum Verständnis der Bonapartismustheorie, in: PVS, 15. Jg., 1974, S. 155 ff.

Errungenschaften europäischer Staaten nicht nur geographisch meilenweit entfernt²²⁾.

Nikolaus Lenau, obzwar zuweilen auch von enthusiastischer Amerikasehnsucht geplagt, entwirft in Briefen, die einer kurzen Amerika-reise im Jahre 1833 entspringen, ein düster-pessimistisches Porträt der USA: „Amerika ist das wahre Land des Untergangs“, so läßt er sich vernehmen, „der Westen der Menschheit. Das atlantische Meer aber ist der isolierende Gürtel für den Geist und alles höhere Leben.“²³⁾ „Bruder, diese Amerikaner sind himmelanstinkende Krämerseelen“, so schreibt er an einer anderen Stelle, „tot für alles geistige Leben, maustot. Die Nachtigall hat recht, daß sie bei diesen Wichten nicht einkehrt. Das scheint mir von ernster, tiefer Bedeutung zu sein, daß Amerika gar keine Nachtigall hat. Es kommt mir vor wie ein poetischer Fluch. Eine Niagarastimme gehört dazu, um diesen Schuften zu predigen, daß es noch höhere Götter gebe, als die im Münzhaus geschlagen werden.“²⁴⁾ Und schließlich: „Die Bildung der Amerikaner ist bloß eine merkantile, eine technische. Hier entfaltet sich der praktische Mensch in seiner furchtbarsten Nüchternheit. Doch ist selbst diese Kultur keine von innen organisch hervorgegangene, sondern eine von außen gewaltsam und rapid herbeigezogene, bodenlose und darum gleichsam mühselig in der Luft schwebend erhaltene ...“²⁵⁾.

Die klischeehaften Amerika-Impressionen des Romantikers Lenau finden hörbaren Widerhall in Äußerungen Heinrich Heines, etwa in seinen 1840 veröffentlichten *Briefen aus Hel-*

²²⁾ Zum romantischen Amerikabild vgl. u. a. H. Meyer, Nordamerika im Urteil des deutschen Schrifttums bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Hamburg 1929; R. Engelsing, Deutschland und die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert, in: Die Welt als Geschichte, 1958, H. 2/3, S. 141 ff.

²³⁾ Brief an E. Reinbeck vom 5. März 1833, in: N. Lenau, Briefwechsel. Unveröffentlichtes und Unbekanntes, hrsg. v. J. Buchowiecki, Wien 1969, S. 30. Die Einstellung Lenaus zu Amerika analysiert u. a. G. A. Mulfinger, Lenau in Amerika, in: Americana Germanica, Bd. 1, H. 2, S. 1 ff.

²⁴⁾ Brief an A. Schurz vom 16. Okt. 1832, zit. bei Fraenkel, a. a. O., S. 103.

²⁵⁾ Brief an J. Klemm, 6. März 1833, zit. bei Fraenkel, a. a. O., S. 104.

goland (an Ludwig Börne), oder in den *Tagebüchern* Friedrich Hebbels. „Was Sie mir über die amerikanischen Verhältnisse schreiben“, so Hebbel in einem Brief vom 29. Dezember 1855 an Amalie Schoppe, „überrascht mich gar nicht. Ohne je dort gewesen zu sein, will ich das Land besser malen, als ob ich darin geboren wäre. Die Freiheit besteht darin, daß man nach Lust und Belieben auf Europa schimpfen darf; eine ähnliche Freiheit genießen wir hier und sind also quitt. Im übrigen aber ruht dort ein ganz anderes Joch über Menschen und Dingen wie bei uns; denn alle Zustände sind poesie- und schwunglos von Anfang; sie sind nicht erst geworden und das ist ein großer Unterschied, der sich immer folgeschwerer zeigen wird.“²⁶⁾

Klischees für Wirklichkeit, Ressentiments für empirische Analyse zu nehmen, wird zum beliebten Rezept im deutschen Denken über Amerika. Für die öffentliche Meinung werden die Vereinigten Staaten zukünftig das Land der „Gleichheitstyannei“, des platten Utilitarismus, des seelenlosen Materialismus, des traditionslos-künstlichen Modernismus und der mechanistischen Zivilisation sein. Nicht Ludwig Börne formt das Amerika-Verständnis des deutschen Bildungsbürgertums, der in romantisch-intellektueller Überheblichkeit nur einen Ausdruck schmerzlicher Verdrängung der Unzulänglichkeiten eigener Lebenszustände gesehen hat; viel eher schon der Basler Kulturphilosoph und Historiker Jakob Burckhardt, der Geschichtslosigkeit mit Barbarei gleichsetzt und schreibt: „Und sodann verzichten auf das Geschichtliche noch Amerikaner, d. h. ungeschichtliche Bildungsmenschen, welche es dann doch von der alten Welt her nicht ganz los werden. Es hängt ihnen alsdann unfrei, als Trödel an. Dahin gehören die Wappen der New Yorker Reichen, die absurdesten Formen der calvinistischen Religion, der Geisterspuk usw., zu welchem allem aus der bunten Einwanderung noch die Bildung eines neu-amerikanischen leiblichen Typus von zweifelhafter Art und Dauerhaftigkeit kommt ...“²⁷⁾

²⁶⁾ A. a. O., S. 29 ff.

²⁷⁾ J. Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, hrsg. v. R. Stadelmann, o. O., o. J., S. 30.

III. Das deutsche Amerikabild im 20. Jahrhundert — Beharrung und Wandel

Für die Jahrzehnte bis hin zum Ende des Zweiten Weltkriegs sollen jene Aspekte in eins gefaßt werden, die wir für das vergangene Jahrhundert aufgefächert hatten; nicht allein aus Raumgründen, auch geistiger Ökonomie zuliebe. Denn deutsches Rasonieren über die Vereinigten Staaten fügt bis in die Tage der Bundesrepublik hinein dem traditionellen Amerikabild kaum neue Facetten zu, bleibt eher in dem bekannten Netz von Vorurteil, Halbwahrheit und Legende befangen. Zwar nimmt das Wissen über die Vereinigten Staaten innerhalb der Sozialwissenschaften sprunghaft zu. Soziologisch-politisches Denken in Deutschland konnte schon um die Jahrhundertwende die Augen nicht länger vor dem wachsenden politischen und ökonomischen Gewicht des transatlantischen Gemeinwesens verschließen, das im Ersten Weltkrieg so massiv in die Waagschale der Entente geworfen wurde.

Ebenso förderten intensivierete Kontakte zwischen Deutschland und Amerika, der vermehrte Austausch von Wissenschaftlern und Publizisten etwa, die Zahl und Qualität wissenschaftlicher Amerika-Studien. Ob sich *Max Weber* den Ursachen und Auswirkungen der innenpolitischen Reformperiode zuwandte, die seit den neunziger Jahren die amerikanische Verfassungswirklichkeit gründlich veränderte, oder ob er sich mit dem Zusammenklang von protestantischer Existenz und kapitalistischem Geiste beschäftigte; ob *Werner Sombart* der Frage eine gescheite Untersuchung widmete, warum es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gebe; ob *Georg Jellinek* über die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte reflektierte und dabei amerikanisches mit französischem Verfassungsdenken verglich; ob *Ernst Troeltsch* die Auswirkungen neu errungener Weltmachtstellung der USA auf den politisch-ökonomischen und kulturellen Fortgang der Weltgeschichte analysierte: stets stoßen wir in diesen Publikationen auf wissenschaftliches Mühen um Objektivität und Rationalität des Urteils. Es ließe sich auch die Liste der Historiker, Soziologen, der Staats- und Wirtschaftswissenschaftler erweitern, die sich unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Phänomen USA beschäftigt haben. Doch möchte solche Aufzählung den Eindruck erzeugen, als stehe sie auch für die Breitenwirkung der wissen-

schaftlichen Hervorbringungen. Er wäre deshalb falsch, weil er den Einfluß sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse auf Fixierungen der öffentlichen Meinung überschätzte.

Wenngleich sich also in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg immerhin eine positive Korrektur des traditionellen deutschen Amerikabildes umrißhaft abzeichnete, blieb sie doch viel zu schwach, um kräftige Dämme gegen die propagandistische Manipulation und Indoktrination der deutschen Öffentlichkeit zu errichten, die mit dem Ausbruch des Krieges in bislang unbekanntem Ausmaß einsetzte. Amerika rückte in dem Augenblick in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, als sich die Auseinandersetzungen über Chancen und Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zuspitzten: „Mit einer bis dahin in Deutschland unbekanntem Demagogie versuchten die Befürworter des uneingeschränkten U-Boot-Krieges die Bedenken der ‚Flaumacher‘ durch eine Bagatellisierung der amerikanischen Macht und eine Diffamierung der amerikanischen Kultur zu zerstreuen. Die alldeutsch-nationalistische, anti-amerikanische Propaganda drohte das an und für sich schon verzerrte Amerikabild der breiten deutschen Öffentlichkeit völlig zu verfälschen, eine Gefahr, die um so größer war, als nach dem Eintritt der USA in den Krieg die allmächtige deutsche Oberste Heeresleitung ähnliche Methoden ihrer psychologischen Kriegführung zugrunde legte.“²⁸⁾ Ignoranz und Überheblichkeit, in Jahrzehnten vorbereitet, fanden jetzt in der fatalen Diffamierung und Unterbewertung des Gegners zusammen, der rasch den Krieg zugunsten der Entente entscheiden sollte.

Vom Alldeutschtum, der Vaterlandspartei und der OHL hat sich das Band der Fehleinschätzung Amerikas zum Nationalsozialismus gezogen. Die Überzeugung von der Unfähigkeit demokratisch verfaßter Staaten im allgemeinen, der USA im besonderen, zu koordinierter politischer Aktion, zur Verpflichtung der industriellen Gruppengesellschaft auf ein gemeinsames Ziel, zur politischen oder militärischen Effizienz schlechthin, hat das kaiserliche mit dem nationalsozialistischen Regime geteilt²⁹⁾.

²⁸⁾ Fraenkel, a. a. O., S. 39 ff.

²⁹⁾ Dazu etwa James V. Compton, *Hitler und die USA*, Oldenburg/Hamburg 1968, bes. S. 9 ff.

Hermann Rauschnig, nach 1933 bis zu seinem Bruch mit Hitler Präsident des Danziger Senats, hat in den Aufzeichnungen seiner Gespräche mit Hitler mancherlei Äußerungen des Führers über die USA festgehalten. Der aus Ignoranz und Arroganz geflochtene Irrtum, seit 1890 kontinuierlicher Begleiter deutscher Politik, feiert hier einmal mehr Triumphe. Ob Hitler apodiktisch erklärte: „Der Amerikaner ist kein Soldat. Die ganze Unterlegenheit und Dekadenz dieser angeblich jungen Welt zeigt sich in ihrer militärischen Untüchtigkeit“³⁰⁾, oder ob er im Hinblick auf die Administration Roosevelt seiner Verachtung für das amerikanische „System“ mit den Worten Ausdruck gab: „Es sind die letzten ekelhaften Todeszuckungen eines überlebten korrupten Systems, das eine Schande für die historische Vergangenheit dieses Volkes ist. Seit dem Bürgerkrieg, wo die Südstaaten wider alle geschichtliche Logik und jede geistige Gesundheit unterlagen, befinden sich die Amerikaner im Stadium des politischen und völkischen Verfalls. Damals wurden nicht die Südstaaten besiegt, sondern das amerikanische Volk selbst. Unter der Scheinblüte eines wirtschaftlichen und machtpolitischen Aufstiegs ist seitdem Amerika in die Wirbel einer progressiven Selbstzerstörung geraten“³¹⁾ — stets bewegte er sich auf lange gebahnten Wegen eines verzerrten Amerikabildes in Deutschland. Hitler, der in den letzten Tagen seiner Herrschaft im Berliner Bunker geäußert haben soll: „Der Krieg mit Amerika ist eine Tragödie, sinnlos und bar jeder grundlegenden Realität“³²⁾, hat keine Anstrengung unternommen, um die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten. Wenngleich die zeitgeschichtliche Forschung Zweifel hegt, ob Hitler den Krieg mit den USA bereits im Jahre 1941 gewollt habe, glaubte er doch, ihn riskieren zu können.

Wir haben die Jahre zwischen den Kriegen übersprungen; die Chronik deutscher Amerikareflexion leidet nicht sehr darunter. Denn trotz der unverkennbaren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und den USA³³⁾, trotz der Ausweitung der Informationsmöglichkeiten hat das Amerika-

bild der öffentlichen Meinung in Deutschland seinen diffusen Charakter und negativen Unterton bewahrt, hat es sich weiterhin in vorgebahnten Pfaden bewegt. Eine Aussage *Oswald Spenglers*, des vielgelesenen und einflußreichen Kultur- und Geschichtsphilosophen, mag als Beleg dieser Feststellung für viele andere stehen: „Flüchtige Beobachter redeten vor 1914 von unbegrenzten Möglichkeiten, nachdem sie sich ein paar Wochen lang umgesehen hatten, und die neue ‚Gesellschaft‘ Westeuropas nach 1918, aus Snob und Mob gemischt, schwärmt vom jungen, starken, uns weit überlegenen und schlechtweg vorbildlichen Amerikanertum, aber sie verwechseln Rekorde und Dollars mit der seelischen Kraft und Tiefe des Volkstums, die dazugehört, wenn man eine Macht von Dauer sein will, den Sport mit Gesundheit der Rasse und geschäftliche Intelligenz mit Geist... Sicher ist, daß es hier (in Amerika, d. Verf.) bisher weder ein wirkliches Volk noch einen wirklichen Staat gibt. Können sich beide durch ein hartes Schicksal noch herausbilden oder schließt das der Typus des Kolonialmenschen aus, dessen seelische Vergangenheit anderswo lag und abgestorben ist? Der Amerikaner redet wie der Engländer nicht von Staat und Vaterland, sondern von *this country*. In der Tat handelt es sich um ein unermessliches Gebiet und um eine von Stadt zu Stadt schweifende Bevölkerung von Trappern, die in ihm auf die Dollarjagd gehen, rücksichtslos und ungebunden, denn das Gesetz ist nur für den da, der nicht schlau oder mächtig genug ist, es zu verachten. Die Ähnlichkeit mit dem bolschewistischen Rußland ist viel größer als man denkt: Dieselbe Weite der Landschaft, die jeden erfolgreichen Angriff eines Gegners und damit das Erlebnis wirklicher nationaler Gefahr ausschließt und so den Staat entbehrlich macht, infolge davon aber auch ein echt politisches Denken nicht entstehen läßt. Das Leben ist ausschließlich wirtschaftlich gestaltet und entbehrt deshalb der Tiefe, um so mehr, als ihm das Element der echten geschichtlichen Tragik, das große Schicksal fehlt, das die Seele der abendländischen Völker durch Jahrhunderte vertieft und erzogen hat... Und endlich findet sich eine fast russische Form des Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, dargestellt durch die Masse der Trusts, die den russischen Wirtschaftsverwaltungen entsprechend Produktion und Absatz bis ins einzelne planmäßig normen und leiten. Sie sind die eigentlichen Herren des Landes, hier wie dort. Es ist der fau-

³⁰⁾ H. Rauschnig, *Gespräche mit Hitler*, Zürich/New York 1940, S. 67 ff.

³¹⁾ Ebda.

³²⁾ Compton, a. a. O., S. 232.

³³⁾ Dazu vor allem Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921 bis 1932*, Düsseldorf 1970.

stische Wille zur Macht, aber aus dem organisch Gewachsenen ins seelenlos Mechanische übersetzt ... " 34).

Zuletzt verwundert es nicht mehr, daß mancher Repräsentant der intellektuellen Elite der Weimarer Republik, soweit sie nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in einem unfreiwilligen Massenexodus nach Amerika emigrierte, dem amerikanischen Phänomen, der neuen Umwelt, hilflos und abwehrend gegenüberstand 35). Gerade die deutschen Dichter und Literaten haben ihr neues Dasein nicht in bleibenden Werken einfangen können, sondern sich ins Schneckenhaus der Amerikaverdrängung verkrochen, über ihr Asyl nur in Briefen, Tagebüchern oder vereinzelt in Memoiren reflektiert, in bitter-zynischer Form zumeist, die sich nicht allein aus individuellem Emigrantenschicksal erklären läßt.

Anders die deutschen (und österreichischen) Wissenschaftler, die in den USA akademische Arbeitsbedingungen vorfanden, welche keine Entfremdungsprobleme aufkommen ließen. Sie konnten an Universitäten und Forschungsinstitutionen, die im Amerika der dreißiger Jahre ohnehin noch im Banne deutscher Wissenschaftsentwicklung standen, kontinuierlich weitervermitteln, was sie zuvor im europäischen Raum geleistet hatten. „Die Auswanderung schenkte Amerika Einstein, die Relativitätstheorie und die Bombe, Bauhaus auf Park Avenue, die Gestaltpsychologie, die Psychoanalyse, die Spieltheorie, das epische Theater, einige der raffinierteren Methoden der sozialwissenschaftlichen Forschung, einige der esoterischeren Varianten des Neomarxismus und einen guten Schuß logischen Positivismus“, so hat *David Schoenbaum* diesen Tatbestand umschrieben 36).

IV. Das deutsche Amerikabild nach 1945 — Spiegel oder Zerrspiegel?

Das weltgeschichtliche Geschehen seit 1945 zwang Deutschland zum erstenmal nach jener kurzen Episode gesteigerter Aufmerksamkeit, die Woodrow Wilsons Person und Handeln zwischen 1917/1919 hervorgerufen hatte, Amerika als Weltmacht zu begreifen, in deren Willen das eigene Schicksal weitgehend beschlossen lag. Die psychologische Reaktion den Vereinigten Staaten gegenüber zeigte Reflexe eines besiegten Volkes, die von indolenter Passivität bis hin zu feindseligem Trotz reichten. Morgenthau-Plan und alliierte Bombenteppiche hatten im Zusammenhang mit der anfänglichen amerikanischen Besatzungspolitik, deren offizielle Leitlinien noch von Morgenthausem Geiste geprägt waren, dem Antiamerikanismus neuen Auftrieb vermittelt, auch wenn er durch heftigere Antipathien gegenüber dem Phänomen des Sowjetkommunismus gedämpft wurde. Entnazifizierung und Umerziehung — ideologische Zielsetzungen der westlichen Vormacht — wurden weithin als Instrumente zur Demütigung und dauerhaften Schwächung des Besiegten empfunden.

34) Oswald Spengler, *Jahre der Entscheidung*, München 1933, S. 51 ff.

35) Hinweise darauf in der Anthologie von Robert Boyers (Hrsg.), *The Legacy of the German Refugee Intellectuals*, New York 1972; bei Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933 bis 1945*, Düsseldorf 1971; ebenso bei Henningsen, a. a. O., S. 162 ff.

Daß vom Frühsommer 1945 an auch kooperative Ansätze zwischen den USA und deutschen Demokraten zum Tragen gekommen waren, drang erst zu einem Zeitpunkt voll ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, als sich der Kalte Krieg in Europa während der Berlin-Krise zuspitzte.

Im Zeichen eines militanten Antikommunismus, der erfolgreichen sozio-politischen wie ökonomischen Stabilisierung der Bundesrepublik und ihrer Einbettung in das westliche Bündnisgefüge, angesichts weitgehend identischer gesellschaftspolitischer Strukturvorstellungen und ideologischer Überzeugungen hat sich dann in der öffentlichen Meinung der fünfziger Jahre zum erstenmal ein rundweg positives Amerikabild herauskristallisiert, das freilich in seiner extremen Einseitigkeit verwandtschaftliche Spuren mit traditionellen Vorstellungen aufwies. Gerade auch die Sozialwissenschaften haben mit kräftigen Pinselstrichen die Positivität fixieren helfen, um so mehr, als etwa die neugeschaffenen Lehrstühle für Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten zunächst mit US-Emigranten besetzt wurden, deren Schriften die amerikanische Demokratie zum Vorbild und Modell auch für die Interpretation des grund-

36) David Schoenbaum, in: *Die ZEIT* vom 1. Sept. 1972.

gesetzlichen Demokratie-Verständnisses erhoben³⁷⁾.

In den sechziger Jahren hat dann unser Amerikabild eine emotionale Polarisierung erfahren, die traditionelle Klischees wieder belebt und neue hat entstehen lassen. Wo einerseits totaler Pro-Amerikanismus und kritiklose Verteidigung amerikanischer Handlungs- und Verhaltensmuster das Denken der deutschen Öffentlichkeit bestimmten, kristallisierte sich im Zeichen von Entspannungspolitik und Vietnam, von neutralistischen und sozialistischen Zielvorstellungen, von Protesthaltungen gegen das Bonner „System“ und sein „Establishment“ ein linker Antiamerikanismus heraus, der durch selbstkritische Reflexionen in den USA Auftrieb gewann, die um die Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und um innergesellschaftliche Probleme und Verdrängungen der westlichen Führungsmacht kreisten. Wo in den fünfziger Jahren ein Autor wie *Leo L. Matthias* einsamer antiamerikanischer Rufer geblieben war³⁸⁾, stieß sein Buch von der „Kehrseite der USA“, in den sechziger Jahren verfaßt, auf verbreitete Aufmerksamkeit „progressiver“ Gruppen, weil es hinter die Fassade amerikanischer „Scheindemokratie“ zu leuchten vorgab³⁹⁾.

Was Matthias, als deutscher Emigrant über Lateinamerika in die Vereinigten Staaten und dort auf einen Lehrstuhl für Soziologie gelangt, als „Kehrseite“ Amerikas präsentierte, geriet in seiner Perspektivenbegrenztheit zum Zerrspiegel mit antiaufklärerischer Wirkung, der von der „Neuen Linken“ als repräsentative Analyse amerikanischer Realität ausgegeben und etwa von *Rolf Hochhuth* auch als Quelle benutzt wurde, aus der er sein anti-amerikanisches Theaterstück „Guerillas“ speiste⁴⁰⁾. Wie ideologischer Doktrinarismus das analytische Vermögen dessen trübt, der sich anschickt, pauschal von einem Volk und seinen gesellschaftlichen Verwirklichungen zu

³⁷⁾ Nicht zufällig hat der linke Antiamerikanismus der sechziger Jahre dieser Politikwissenschaft eine „affirmativ“-proamerikanische Haltung vorgeworfen. Auch von rechts ist sie wegen ihrer proamerikanischen „Charakterwäsche“ gescholten worden. Siehe etwa C. Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.

³⁸⁾ L. L. Matthias, *Die Entdeckung Amerikas anno 1953 oder das geordnete Chaos*, Hamburg 1953.

³⁹⁾ L. L. Matthias, *Die Kehrseite der USA*, Reinbek, 1964.

⁴⁰⁾ R. Hochhuth, *Guerillas. Tragödie in 5 Akten*, Hamburg 1970.

berichten, belegt vor allem *Reinhard Lettaus* anti-amerikanisches Pamphlet, das sich rascher Verbreitung erfreute⁴¹⁾. Daß Lettau nicht einmal die Frage stellt, ob der Faschismus-Begriff als analytisches Instrument zur Erhellung amerikanischer Gegenwart dienen könne, erstaunt angesichts ideologisch geprägter Faschismus-„Theorien“ nicht weiter, eher schon der Umstand, daß der Autor seine These vom „täglichen Faschismus“ zwischen Boston, New Orleans und Los Angeles mit Presseberichten dokumentiert, die ganz für sich allein durch die Schärfe ihrer Anklage gegen das eigene „System“, durch ihre risikolose Kritik der Mächtigen Amerikas den Lettauschen Faschismus-Vorwurf selber als ideologische Perspektivenverzerrung denunzieren. „Lettau“, so hat ganz zu Recht der Faschismus-Kenner David Schoenbaum bemerkt, „sei *idiot savant* der Art, wie wir sie aus der europäischen Literaturgeschichte kennen, einer von jenen, deren gute Absichten und unerschütterliche politische Naivität so viel dazu beigetragen haben, die Geschichte der europäischen Linken zu bereichern und zu verwickeln.“⁴²⁾

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Es gab und gibt genug an den Vereinigten Staaten zu kritisieren. Nicht nur die Nixon-Administration samt Watergate-Skandal haben mancherlei Gründe für Anklage und Empörung frei Haus geliefert. Amerika hat sich in Vergangenheit und Gegenwart als ein Staat präsentiert, der unter anderem auch heuchlerisch-selbstgerechten Machtmißbrauch und tyrannische Korruption hervorbrachte⁴³⁾. Und doch sagt gerade Lettaus Buch so gut wie nichts über die wirklichen Schwächen Amerikas aus, weil es sich ganz im Banne altbekannter Klischees bewegt.

Wo sich im Widerstreit der Ideologien das deutsche Amerikabild heute erneut eintrübt, Vorurteil für Wirklichkeit und Glaubensbekenntnis für gesichertes Wissen genommen wird, bleibt die Korrektur der Karikatur Amerika auch künftig eine zu bewältigende

⁴¹⁾ R. Lettau, *Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten*, München 1971.

⁴²⁾ David Schoenbaum, *Amerika, du mußt büßen!*, in: *Die ZEIT* vom 15. Okt. 1971.

⁴³⁾ Dazu aus amerikanischer Sicht u. a. J. W. Fulbright, *Die Arroganz der Macht*, Hamburg 1967; A. M. Schlesinger, *Das erschütterte Vertrauen*, Bern/München 1969; Th. H. White, *Breach of Faith*, New York 1975.

Aufgabe ⁴⁴). In einer historischen Epoche der wechselseitigen deutsch-amerikanischen Schicksalsverflochtenheit steht dabei Wesentlicheres auf dem Spiel als bloß der Kampf gegen traditionelle Mißverständnisse und Legenden um der geschichtlichen Wahrheit willen. Daß Friedrich der Große im Wilhelminischen Zeitalter zum Schutzpatron der nord-amerikanischen Kolonien und zum Bewunderer George Washingtons avancierte, daß sich hartnäckig der Glaube an einen „verpaßten historischen Moment“ am Leben erhält, der das Deutsche statt des Englischen zur Staatssprache der USA erheben sollte (wobei vermutlich das vom US-Kongreß im Jahre 1795 mit einer Stimme Mehrheit abgelehnte Gesuch deutscher Immigranten in Virginia, von künftigen Unionsgesetzen auch einen deutschen Text zu publizieren, als Pate der Legende gelten kann) — solche Selbstgefälligkeit

⁴⁴) Zum heutigen Amerikabild in der öffentlichen Meinung vgl. W. M. Iwand, Politische Aspekte des Amerikabildes in der überregionalen westdeutschen Presse: Deutsch-amerikanische Beziehungen zu Beginn der 70er Jahre, Frankfurt 1975.

stört kaum die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Wohl aber ist jener ideologische Antiamerikanismus von rechts und links problematisch; der eine, vom Morgenthau-Komplex beherrscht, der die USA beschuldigt, seit Jalta und Potsdam mit der Sowjetunion insgeheim konspiriert zu haben mit dem Zweck, ein globales Kondominium auf Kosten europäischer und deutscher Interessen zu errichten; der andere, der vom Trauma kapitalistisch-amerikanischer Weltdurchdringung besessen, auf das Amerika der ‚Börsen-jobber‘, des industriell-militärischen Komplexes, der CIA und ‚Kommunistenfresser‘ fixiert ist; beide sind letztlich vereint im Kampf gegen die repräsentativ-demokratische Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens, wenngleich aus unterschiedlichen Motiven. Diesen Antiamerikanismus gilt es im eigenen Interesse abzuwehren. Beherrschte er in Zukunft die öffentliche Meinung unseres Landes, es müßten die politischen Folgen, solche Prophezeiung darf im Licht historischer Erfahrung gewagt werden, verheerend sein.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten

Die USA und die Bundesrepublik seien zur Zeit die besten Verbündeten und Wirtschaftspartner, erklärte der amerikanische Präsident Ford am 17. Juni 1975 bei der Begrüßung von Bundespräsident Scheel in Washington. Reduziert man diese freundliche Äußerung auf ihren materiellen Gehalt, so bleibt festzustellen, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis zumindest als eine sachliche, nüchterne und realistische Interessensgemeinschaft charakterisiert werden kann. Dieser heutige Zustand ist jedoch keineswegs kennzeichnend für die Geschichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Deutschland spielte in den ersten Jahren der jungen amerikanischen Republik als Handelspartner kaum eine Rolle; trotz aller politischen Auseinandersetzungen mit dem Mutterland war Großbritannien der wichtigste Wirtschaftspartner, denn die Vereinigten Staaten waren schon damals der größte Baumwollexporteur der Welt, und in englischen Webereien begann die industrielle Revolution mit der Erfindung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls.

Im 19. Jahrhundert lebten die Siedler im nördlichen Teil der Vereinigten Staaten vorwiegend als Farmer mit kleinen und mittelgroßen Wirtschaftsbetrieben oder als Handel- und Gewerbetreibende. Sie forderten von der Regierung der Union, die laut Verfassung für den Außenhandel zuständig war, Schutz zölle, während die in den Südstaaten tonangebenden Großgrundbesitzer ebenso energisch den Freihandel verlangten. Die nordstaatlichen Handelsinteressen setzten sich stärker durch, und so wurde der schnelle Aufbau der amerikanischen Industrie durch eine rigorose Hochschutzzollpolitik der Regierung gefördert. Extrem hohe Zölle — die höchsten der Welt — schützten vor der Konkurrenz ausländischer Industrien und halfen, die Union von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa zu befreien. Der protektionistische

und europafeindliche McKinley Tariff Act von 1890 brachte erhebliche Erhöhungen der Schutzzölle auf durchschnittlich 48,6 % des Wertes bei den zollpflichtigen Waren, die immerhin fast die Hälfte aller Importe ausmachten¹⁾. Nach vorübergehender Ermäßigung auf etwa 42 % durch den demokratischen Präsidenten Cleveland und seine demokratische Mehrheit im Senat wurden die Zölle unter der republikanischen Präsidentschaft McKinleys wieder erhöht durch den Dingley Tariff von 1897 auf durchschnittlich 52 % (zum Vergleich: die deutsche Zollhöhe lag zu jener Zeit bei etwa 17 %).

Als Begleiterscheinung der hohen Schutzzölle entstanden Konzerne und Trusts, die zahlreiche Wirtschaftsbereiche (Stahl, Petroleum, Kupfer, Fleisch, Zucker, Tabak, Bananen, Mehl, Leder, Erntemaschinen) vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat und Verkauf beherrschten. Die Trusts übten auch großen politischen Einfluß aus und erreichten die zusätzlichen Erhöhungen durch das Dingley-Zollgesetz, was wiederum zur weiteren Verbreitung des Trustwesens führte. Ihr politisches Engagement hatte eine aggressive Wirtschaftspolitik der USA auf dem Weltmarkt zum Ergebnis; die Konzerne konnten wegen der Schutzzölle hohe Verdienste im Inland erwirtschaften und versuchten, durch Schleuderpreise im Ausland andere Staaten vom Weltmarkt zu verdrängen. Dieses Vorgehen stieß bald auf den Widerstand der alten Handelsmächte. Erst durch mehrere Abkommen sowie aufgrund der durch die politischen Ereignisse der Neuzeit erfolgten engeren Bindungen der Vereinigten Staaten an Europa kam es zu einem ausgewogeneren Verhältnis von Konkurrenz und Partnerschaft.

¹⁾ Vgl. Ludwig Prager, Die Handelsbeziehungen des Deutschen Reiches mit den Vereinigten Staaten bis zum Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914, Weimar 1926, S. 9; Sidney Ratner, The Tariff in American History, New York 1972, S. 36.

Die deutsch-amerikanische Handelspolitik im 18. und 19. Jahrhundert

Preußen hatte als erster deutscher Staat mit den Vereinigten Staaten bald nach deren Gründung 1785 einen Freundschafts- und Handelsvertrag („Treaty of Amity and Commerce“) abgeschlossen, der 1799 erneuert wurde und 1810 ablief. Dieser Vertrag, der Vorbild für die zahlreichen späteren handelspolitischen Vereinbarungen mit deutschen Kleinstaaten wurde, formulierte im ersten Abschnitt als Zielsetzung: „Es soll fester, unverletzlicher und allgemeiner Friede und wahre Freundschaft zwischen seiner Majestät, seinen Erben und Nachfolgern, sowie seinen Untertanen einerseits, und den Vereinigten Staaten und ihren Bürgern andererseits ohne irgendwelche Ausnahmen hinsichtlich der Gebiete und Personen bestehen.“ Der Vertrag legte das Prinzip der vollkommenen Gleichheit und Gegenseitigkeit als Grundlage der Handelsbeziehungen fest und förderte den Handel, vor allem den Austausch von schlesischem Leinen gegen Tabak aus Virginia, und er schützte die Kaufleute auch im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen.

Nach einer längeren vertragslosen Zeit schloß die Union 1827 Handelsverträge mit mehreren deutschen Staaten (Hamburg, Lübeck, Bremen) ab, die u. a. zur Niederlassung von insgesamt 137, vorwiegend hanseatischen Firmen in Nordamerika führten (Stand von 1845). Es folgten Verträge mit Preußen (1828)²⁾, Hannover (1840), Oldenburg (1847)

²⁾ Artikel 3 des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten vom 1. 5. 1828 lautete: „Die Waren und Handelsgegenstände jeder Art, mögen sie Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleißes der Vereinigten Staaten von Amerika, oder jedes anderen Landes sein, welche gesetzlich auf Preußischen Schiffen in die Häfen des Königreichs Preußen eingeführt werden dürfen, sollen daselbst gleicherweise auf Schiffen der Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt werden können, ohne andere oder höhere Abgaben oder Gebühren irgendeiner Art oder Benennung, welche im Namen oder im Vorteile der Regierung, der Ortsbehörden oder irgend von Privatanstalten erhoben werden, zahlen zu müssen, als wenn sie auf Preußischen Schiffen eingeführt würden ...“ Abgedruckt bei L. Prager, a. a. O., S. 139.

und Mecklenburg-Schwerin (1847), bei denen es sich in der Hauptsache um einfache Meistbegünstigungsverträge handelte³⁾. Während die Vereinigten Staaten vorwiegend Rohstoffe exportierten, bestand die deutsche Ausfuhr zu dieser Zeit meist aus industriellen Fertigprodukten. Der Zollverein und das Deutsche Reich hatten keinen Vertrag mit der Union abgeschlossen, was über viele Jahre hinweg verschiedene Interpretationen der Verträge mit den deutschen Einzelstaaten zur Folge hatte, bis schließlich 1891 eine beiderseitige Bestätigung des Meistbegünstigungsrechts zwischen Deutschland und den USA erfolgte. Dennoch gingen die Auseinandersetzungen über die Auslegung des preußisch-amerikanischen Handelsvertrages weiter und führten durch amerikanische Maßnahmen und eine Note der deutschen Regierung schließlich 1899 zu dessen Aufhebung.

Der Zeitabschnitt zwischen 1900 und 1910 ist durch gereizte Stimmung auf beiden Seiten gekennzeichnet. Ein Zollabkommen über Meistbegünstigung mit Reziprozitätsklausel, das in Deutschland als „Provisorium“ bezeichnet wurde, brachte Zollermäßigungen, wie sie u. a. Frankreich, Portugal und Italien erhalten hatten. Es vermied einen — besonders von den deutschen Agrariern geforderten — Zollkrieg, den die USA mit Erfolg hätten führen können. Dieser Vertrag blieb die Basis der deutsch-amerikanischen Handelspolitik bis 1910; seine Bedingungen wurden jedoch etwas erleichtert durch zwei neue „Provisorien“ von 1906 und 1907. Nachdem die Vereinigten Staaten 1910 alle Handelsverträge gekündigt hatten, wurde im gleichen Jahr vom Deutschen Reich ein nicht sehr günstiger Minimalzolltarif akzeptiert, um einen Maximal(Kampf-)zolltarif abzuwenden.

³⁾ Meistbegünstigung: Zugeständnis, wonach sich die Vertragsstaaten wechselseitig alle handelspolitischen Vergünstigungen gewähren, die sie anderen Staaten einräumen. Werden diese an Dritte gewährten Zugeständnisse dem Vertragspartner nur unter der Voraussetzung gewährt, daß er selbst neue Zugeständnisse macht, so spricht man von Reziprozität.

Negative Handelsbilanz und Kalikrieg

Die deutsch-amerikanische Handelsbilanz hatte seit 1894 ein wachsendes Defizit zu Lasten Deutschlands gebracht, das 1913 über eine Milliarde Mark erreichte. Wegen der Hochschutzzollpolitik nahm der deutsche Export in die Union ab; ausgenommen waren nur einige Spezialartikel wie chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farbwaren und Kali, die von Zöllen weitgehend verschont blieben. Ein Zollkrieg wurde gefordert und lebhaft diskutiert, hätte aber für die Deutschen mehr Nachteile gebracht als für die Amerikaner. Die Reichsregierung strebte daher den Abschluß möglichst langfristiger Handelsverträge an, um durch beiderseitige vertragliche Konzessionen deutschen Fabrikaten die Einfuhr in Amerika zu erleichtern und die deutsche Zahlungsbilanz zu verbessern.

Autonomiebestrebungen führten in den folgenden Jahren (1911—1913) zu dem Versuch der deutschen Regierung, ein Reichspetroleummonopol zu gründen, das gegen die Rockefeller'sche Deutsch-Amerikanische Petroleum AG (DAPAG/Standard Oil) und deren 1870 begonnenen Kampf um den Alleinbesitz des deutschen Marktes gerichtet war.

Die Abhängigkeit der deutschen Baumwollindustrie, die 75 bis 80 % ihres Bedarfs aus den USA bezog (den Rest aus Indien und Ägypten), führte in Deutschland wie in anderen europäischen Staaten zu erfolgreich anlaufenden Bemühungen, Baumwollanbau in ihren afrikanischen Kolonien einzuführen, nachdem Produktionssenkungen und eigene Verarbeitungsindustrien in den USA zu hohen Preissteigerungen geführt hatten.

Einen weiteren Versuch zur Verbesserung der deutschen Handelsbilanz bildete das Reichs-

kaligesetz von 1910. Die Auseinandersetzungen um dieses Gesetz und um das mächtige deutsche Kalisyndikat, das vor dem Ersten Weltkrieg ein Produktionsmonopol besaß, Förderungsquoten festlegte und einheitlich hohe Verkaufspreise vorschrieb, die im Ausland höher als im Inland waren, erregte monatelang die Gemüter auf beiden Seiten des Atlantiks⁴⁾. Nachdem der Syndikatsvertrag, der Verkäufe außerhalb der gemeinsamen Organisation verbot, am 30. Juni 1909 abgelaufen war, schlossen die beiden Kalifirmen Aschersleben und Sollstedt kurz nach Mitternacht mit der Firma Bradley, der Vertreterin des amerikanischen Düngertrusts („American Agricultural Chemical Company, USA“), einen Siebenjahresvertrag mit Preisen, die etwa 45 % unter den bisher vom Syndikat vorgeschriebenen Sätzen lagen. Weil sich die deutsch-amerikanische Handelsbilanz dadurch um mehrere Millionen Mark jährlich verschlechtert hätte und auf Drängen der deutschen Bergwerksinteressen schalteten sich Bundesrat und Reichsregierung und daraufhin auch die amerikanische Regierung in den „Kali-Krieg“ ein. Massive Protestnoten wurden ausgetauscht, ein Quotensystem verabschiedet und Kampfzölle angedroht; schließlich einigten sich 1911 die amerikanischen Kalikäufer mit den deutschen Bergwerksbesitzern auf einer Konferenz in Hamburg, die im wesentlichen die alten Verhältnisse vor dem 1. Juli 1909 wiederbrachte. „Somit wurden die vom Yankee-Unternehmertum erhofften Profite durch bismarcksche Staatskunst verhindert und das alte Monopol wiederhergestellt“, zieht B. H. Williams als Fazit⁵⁾.

Der deutsch-amerikanische Handel zwischen den Weltkriegen

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre führten zu Erhöhungen der Zollsätze sowie zu erschwerten Handelsbedingungen, nachdem der uneingeschränkte Einsatz deutscher U-Boote auch gegen amerikanische Handelsschiffe sicher erheblich zum amerikanischen Entschluß zum Kriegseintritt beigetragen hatte. Erst der sorgfältig vorbereitete Handels- und Konsularvertrag („Treaty of Commerce and Consular Rights“) vom 8. Dezember 1923 entkrampfte die gespannte Situation. Er stellte die ge-

genseitige Meistbegünstigung wieder her und sollte einer (aus der Sicht Amerikas) „drohenden“ europäischen Verständigung in Zollfragen entgegenwirken (Stresemann, Briand, Chamberlain). „Die Bedeutung des Vertrages und der Wunsch, ähnliche Vereinbarungen

⁴⁾ Nähere Einzelheiten über den „Kali-Krieg“ bei: Benjamin H. Williams, *Economic Foreign Policy of the United States*, New York 1929, S. 387 ff., und bei Prager, a. a. O., S. 91 ff.

⁵⁾ B. H. Williams, a. a. O., S. 390.

mit anderen europäischen Nationen zu erreichen, wurde bei dem Zolldisput mit Frankreich im Jahre 1927 sehr deutlich. Deutschland und Frankreich hatten besondere Konzessionen ausgetauscht. Unter den Bedingungen des Vertrages von 1923 wurden die Erleichterungen, die Deutschland den französischen Importen gewährte, sofort auf die Produkte aus den USA ausgedehnt. Mit Frankreich hatten die Vereinigten Staaten jedoch keinen solchen Vertrag und amerikanische Güter hatten im Vergleich mit deutschen eine wesentlich nachteiligere Position.“⁶⁾

Durch die bedeutende Verstärkung des deutschen Handels mit Lateinamerika in den dreißiger Jahren fühlten sich die Vereinigten Staaten herausgefordert, insbesondere durch den rapide ansteigenden Handel mit Brasilien, Chile und Uruguay. Dieser ging jedoch mehr auf Kosten Großbritanniens und anderer Staaten als der USA. Der Handelszuwachs Deutschlands in Südosteuropa und Lateinamerika wurde weitgehend durch Rückgänge in Westeuropa, den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien ausgeglichen, so daß sich für den deutschen Außenhandel nur ein mäßiger Gewinn ergab. Die Anteile am Weltexport betragen von 1929 bis 1937 in Prozent: ⁷⁾

Anteile am Weltexport

	Deutschland	Vereinigte Staaten	Großbritannien
1929	9,7	15,6	10,8
1932	10,6	12,2	9,9
1933	9,9	10,9	10,4
1934	8,7	11,1	10,5
1935	8,9	11,6	10,8
1936	9,0	11,4	10,3
1937	9,2	12,7	9,9

Amerika entzog Deutschland 1935 wegen dessen Politik der Importquoten und Außenhandelsbeschränkungen und weil es ein Land mit einer diktatorischen Regierung war die Meistbegünstigung und setzte es damit auf eine „schwarze Liste“, die zum inoffiziellen Boykott deutscher Waren führte. Dieser Boy-

⁶⁾ B. H. Williams, a. a. O., S. 300.

⁷⁾ Percy W. Bidwell, Latin America, Germany and the Hull Program, in: Foreign Affairs, Jan. 1939, S. 385.

*Deutsch-amerikanischer Handel
von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart*

	US-Exporte nach Deutschland in Millionen Dollar	US-Importe aus Deutschland in Millionen Dollar
1790	unter 0,5	—
1800	8	—
1810	2	—
1820	3	(1821) 1
1830	2	2
1840	4	3
1850	5	9
1860	15	19
1870	42	27
1880	57	52
1890	86	99
1900	187	97
1910	250	169
(1914)	345	190
(1915)	29	91
1920	311	89
1930	278	177
1940	unter 0,5	5
(1945)	2	1
1950	439	104
1960	1 272 (DDR: 4)	897 (DDR: 3)
1970	2 741 (DDR: 33)	3 127 (DDR: 9)
1971	2 832 (DDR: 25)	3 651 (DDR: 10)
1972	2 808 (DDR: 17)	4 250 (DDR: 10)
1973	3 756 (DDR: 28)	5 345 (DDR: 11)
1974	4 986 (DDR: 21)	6 428 (DDR: 14)

kott und die deutsche Politik des bilateralen Handelsausgleichs führten zu einem starken Rückgang in Wert und Umfang des deutsch-amerikanischen Handels. 1933 kaufte

Deutschland amerikanische Güter im Werte von 482,8 Millionen Reichsmark, das sind 11,5 % aller Einkäufe im Ausland; 1937 waren es nur noch 282 Millionen Reichsmark oder 5,2 % der gesamten Importe. Die Baumwollimporte geben das beste Beispiel dafür ab, was sich ereignete: Während die USA 1927 80 % der deutschen Rohbaumwollimporte bestritt, waren es zehn Jahre später nur noch 26 %. Für diese Veränderungen war teilweise das amerikanische Baumwollrestriktionsprogramm verantwortlich, zum anderen die deut-

sche Politik, Rohmaterialien (vor allem Kupfer, Mineralöl und auch Baumwolle) in denjenigen Ländern zu kaufen, mit denen das Deutsche Reich direkte Verrechnungs- und Tauschabkommen schließen konnte. Der deutsch-amerikanische Handel sank dann während der Kriegsjahre auf ein unbedeutendes Minimum herab, wie aus der statistischen Gesamtübersicht deutlich wird, welche die wechselvollen Handelsbeziehungen für den Zeitraum von fast 200 Jahren widerspiegelt⁸⁾ (siehe Tabelle).

Das Programm für den europäischen Wiederaufbau

Am Ende des Zweiten Weltkriegs bedingten Not und Elend in Europa die latente Gefahr politischer Instabilität. Westeuropas Außenhandelsdefizit betrug 1947 fast 8 Milliarden Dollar. Die Vereinigten Staaten waren aus humanitären, politischen und wirtschaftlichen Gründen an einer baldigen Besserung der Lage interessiert. Seit Kriegsende hatten sie schon fast 20 Milliarden Dollar Zuschüsse und Kredite in aller Welt vergeben, über 12 Milliarden allein in Europa, zusätzlich zu der privaten CARE-Aktion und der Nothilfe der US-Armee. Tatsache ist, „daß weder die Vereinigten Staaten noch die anderen Nationen ohne ein umfangreiches Volumen des Handels mit der übrigen Welt wirklich prosperieren können, und daß niemand sich auf die Dauer des Wohlstandes erfreuen kann, wenn er von armen Nachbarn umgeben ist“, stellte das amerikanische Außenministerium im März 1948 in seiner Publikation No. 3097 fest. Wirtschaftlicher Aufschwung war nach amerikanischer Überzeugung die Voraussetzung für politische Stabilität und würde dem expansiven Kommunismus keine Chance lassen. Der US-Außenminister George C. Marshall forderte in seiner berühmten Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 sein Land auf, ein Wirtschaftsprogramm vorzubereiten, das den verwüsteten europäischen Ländern beim Wiederaufbau ihrer Produktionskapazitäten helfen und sie möglichst schnell in die Lage versetzen sollte, als gleichberechtigte Partner erneut am Welthandel teilzunehmen: „In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern — hauptsächlich aus Amerika — während der nächsten drei oder vier Jahre um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zah-

lungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfsleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll. Die Lösung liegt in... der Wiederherstellung des Vertrauens bei den europäischen Völkern auf die wirtschaftliche Zukunft ihrer Länder und ganz Europas. Der Fabrikant und der Landwirt in weiten Gebieten müssen gewillt und in der Lage sein, ihre Produkte für eine Währung in Tausch zu geben, deren fester Wert außer Zweifel steht. Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß. Es ist nur logisch, daß die USA alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können... Es wäre weder angebracht noch zweckmäßig, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von sich aus ein Programm entwerfen würde, um die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas durchzuführen

⁸⁾ Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957; und: Statistical Abstracts of the United States, 1974 und 1975.

ren. Das ist die Sache der Europäer selbst. Die Initiative muß von Europa ausgehen, meine ich. Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern und später dieses Programm zu unterstützen, soweit das für uns praktisch ist. Es sollte ein gemeinsames Programm entworfen werden, hinter dem, wenn nicht alle, so doch eine Anzahl von europäischen Nationen stehen.“⁹⁾

Die Einzelheiten dieses Programms zur Erstellung eines brauchbaren internationalen Marktes („Marshall Plan“ oder „European Recovery Program“ — ERP genannt) wurden in mehreren Konferenzen mit europäischen Staaten erörtert. Aus diesen Konferenzen ging 1948 in Paris der Ausschuß für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas („Committee of European Economic Cooperation“ — CEEC), aus dem später die OEEC wurde, hervor. Der Ausschuß setzte sich aus Vertretern von 16 europäischen Staaten zusammen: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und die Türkei. Die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, die sich ursprünglich zur Teilnahme bereit erklärt hatten, beugten sich sowjetischem Druck und sagten ab. Die UdSSR nahm zwar an einer der Konferenzen teil, lehnte jedoch eine Mitarbeit ab, denn nach ihrer Ansicht bedeutete das amerikanische Programm eine Einmischung in die Souveränität der europäischen Länder. Außenminister Marshall war es gewiß recht, daß die Sowjetunion fernblieb. Er hatte früher schon erklärt, als er nach der Beteiligung der Sowjetunion gefragt wurde: „No, it is for the West“¹⁰⁾.

Die Hilfe der USA, deren gesetzliche Grundlage der sehr gründlich vorbereitete „Economic Cooperation Act“ als Teil des „Foreign Assistance Act“ vom 3. April 1948 bildete¹¹⁾, sollte ursprünglich bis Mitte 1952 gewährt

⁹⁾ Zit. bei Sidney Ratner, *The Tariff in American History*, New York 1972, S. 164 f., und Fritz Hauenstein, In Memoriam George C. Marshall, FAZ Nr. 246 vom 23. 10. 1963 (Sonderdruck).

¹⁰⁾ F. Hauenstein, a. a. O.

¹¹⁾ Im Kongreß wurden mehrere Ausschüsse und Unterausschüsse gebildet, Senatoren, Abgeordnete und Journalisten reisten durch Europa und berichteten; eine Lawine von Untersuchungen, Studien und Diskussionen kam ins Rollen. Eine Übersicht über das „Schrifttum zum Marshall-Plan“, zusammengestellt von A. Wittkowski vom Institut für Weltwirtschaft, umfaßt 382 Seiten, obwohl es nur das Deutschland betreffende Schrifttum aufzählt (I). In der Vorlage des Außenministeriums an den

werden. Sie diene als politische Mehrzweckwaffe und auch als Voraussetzung für die 1949 gegründete NATO. Ende 1951, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde ein neues Gesetz beschlossen, der „Mutual Security Act“, welcher eine Verminderung der Wirtschaftshilfe und eine Verstärkung der militärischen Unterstützung vorsah, denn die europäischen Länder gaben in dieser Zeit sehr wenig Geld für Armeen und Waffen aus.

Die amerikanische Verwaltungsbehörde für wirtschaftliche Zusammenarbeit („Economic Cooperation Administration“ — ECA) sorgte dafür, daß die US-Gelder während der ersten beiden Jahre für zivile Produkte einschließlich Kapitalausstattung benutzt wurden, spätere Mittel wurden teilweise für wirtschaftliche und technische Hilfe und teilweise als Militärhilfe (Mutual Defense Assistance) vergeben¹²⁾ (siehe Tabelle).

Die Beiträge für das europäische Wiederaufbauprogramm wurden nicht für die ganze Laufzeit des Planes von 51 Monaten (April 1948 bis Juni 1952), sondern nur Jahr für Jahr bewilligt. Der Kongreß wollte nicht für mehr als jeweils ein Jahr festgelegt werden, da der größte Teil (70 %) als verlorene Zuschüsse gegeben wurde, der Rest als Kredite, deren Rückzahlung jedoch nicht als sicher galten. Präsident Truman nannte das Gesetz bei der Vorlage „eine lebenswichtige Maßnahme unserer Außenpolitik“. Außenminister Marshall

Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen im November 1947 hieß es, daß eine Unterbrechung des Güterstromes von den USA nach Europa für absehbare Zeit jede Wiederherstellung des Welt handelsnetzes, in dem Europa eine wesentliche Rolle spiele, unmöglich machen würde. Der Zusammenbruch dieses weitgespannten Handelssystems könne aber nur auf Kosten einer erheblichen Schädigung der amerikanischen Industrie und wirtschaftlicher Opfer des amerikanischen Volkes gehen. Ein wichtiger Grund für das Verlangen nach einem wirtschaftlich stabilen Europa liege vor allem darin, daß dies die Voraussetzung für die Erhaltung der Zivilisation sei, in der die amerikanische Lebensweise wurzele. Die wirtschaftliche Erkrankung Europas und die Tatsache, daß die Völker Europas auf endliche Zeit hinaus nicht klar übersehen könnten, wann wirtschaftliche Gesundung und Hoffnung einmal wiederkehren, habe eine Verschärfung des politischen Kampfes zur Folge gehabt zwischen jenen, die freie Menschen unter der Herrschaft des Rechtes bleiben wollten, und jenen, die annehmen, daß erträgliche Lebensbedingungen nur durch die rücksichtslose Unterwerfung des Individuums unter einen allmächtigen Staat wiederzugewinnen seien. Vgl. Ernst Schroeder und A. Vosen, *Vier Jahre Marshall-Plan*, o. O. 1953, S. 21.

¹²⁾ W. S. Woytinski, *World Commerce and Governments, Trends and Outlook*, New York 1955, S. 828.

schätzte die Kosten bei den Hearings im Senat auf 15 bis 18 Milliarden Dollar (die tatsächlichen Kosten blieben dann mit knapp 14 Milliarden Dollar für die Jahre 1948 bis 1952 noch unter der vorgesehenen Gesamtsumme). Er nannte das Wiederaufbaupro-

Zahlungen der Economic Cooperation Administration an europäische Länder

	Gesamtsumme	Wirtschaftshilfe	Militärhilfe
	(in Millionen Dollar)		
1948	1 493	1 493	—
1949	3 821	3 821	—
1950	3 309	2 841	468
1951	4 140	2 562	1 578
1948—1951	12 763	10 717	2 046

gramm eine „Friedensinvestition“; wenn man von dieser Voraussetzung ausgehe, seien die Kosten gering; die Zuschüsse für ein Jahr seien kleiner als die Kosten für einen Monat Krieg. „Unser Land steht vor einer ungeheuren Entscheidung. Wenn wir zu dem Entschluß kommen, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, den Wiederaufbau Westeuropas wirksam zu unterstützen, müssen wir die Folgen eines Zusammenbruchs dieser Länder und ihren Verfall in diktatorische Polizeistaaten hinneh-

men.“¹³⁾ Handelsminister Harriman sagte bei den Hearings, das Hilfsprogramm sei großmütig in seiner Gesamtkonzeption, wenn es auch auf Erwägungen des eigenen Interesses und der Selbsterhaltung beruhe.

Natürlich gab es auch Gegenstimmen, und zwar bei den Abgeordneten beider Parteien im Kongreß. Ein oppositioneller Sprecher fand es merkwürdig, daß trotz des Hilfsprogramms die Demontage deutscher Industriewerke weitergehe; außerdem sei der rachsüchtige Morgenthau-Plan noch in Kraft. Deutschland müsse rehabilitiert werden; wenn die Amerikaner es nicht rehabilitierten, würden es die Russen tun. Ein Kritiker befürchtete, daß sich Deutschland nach dem Wiederaufbau mit Rußland verbinden und wieder auf Eroberungen ausgehen würde. Es fiel manches harte Wort gegen Europa. Ein Opponent nannte es in klassisch isolationistischer Manier ein Rattenloch, das man sich selbst überlassen sollte, ein weiterer bezeichnete die Europahilfe als „Santa Claus“-Politik, ein anderer sprach von Europa als der alten Lady, die auf Kosten anderer ein bequemes Leben führen möchte.

Unter dem Eindruck des kommunistischen Staatsstreichs in der Tschechoslowakei und der Furcht vor einem kommunistischen Sieg bei den Wahlen in Italien im April stimmte der Senat dem Gesetz am 14. März 1948 mit 69 gegen 17 Stimmen zu, das Repräsentantenhaus nahm die Vorlage am 31. März 1948 mit 329 gegen 74 Stimmen an — ein großer Erfolg der außenpolitischen Gemeinsamkeit beider Parteien.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa

In Paris verwandelte sich im April 1948 das CEEC in den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) mit 18 Mitgliedern, dem außer den 16 CEEC-Staaten jetzt auch Westdeutschland einschließlich Westberlins sowie Triest angehörten. Seine Aufgabe war die Verteilung der Gesamt-Marshallhilfe im Einvernehmen mit der ECA auf die einzelnen Länder, außerdem die Ausarbeitung der von den USA geforderten und als wesentlichen Teil des ganzen Hilfsprogramms betrachteten Wiederaufbaupläne, sowie die Überwachung der Lieferungen der europäischen Länder untereinander und die Schaffung eines multilateralen Zahlungsplanes der ERP-Staaten.

Beabsichtigte Nebenwirkung des Marshall-Plans war die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa und des multilateralen Zahlungsverkehrs. Es entstand die Europäische Zahlungsunion (1950) und aus der OEEC wurde 1960/61 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („Organization for Economic Cooperation and Development“ — OECD), der außer den OEEC-Ländern auch die USA und Kanada (seit 1961) sowie Japan (seit 1964) und Finnland (seit 1969) angehören.

Von 1948 bis 1952 erhielten die europäischen Länder insgesamt 13,9 Milliarden Dollar Wirt-

¹³⁾ Zitiert bei F. Hauenstein, a. a. O.

schafts- und Militärhilfe (das sind rund 80 Dollar pro Kopf der amerikanischen Bevölkerung), davon Großbritannien 3,4 Milliarden, Frankreich 2,8 Milliarden, Italien 1,5 Milliarden, die Bi-Zone und die Französische Zone Deutschlands, die spätere Bundesrepublik inklusive West-Berlin (für das die Hilfe bis 1957 fortgesetzt wurde), 1,4 Milliarden Dollar¹⁴).

Die Bedingungen der Hilfe wurden gemäß dem Economic Cooperation Act in sogenannten „bilateralen Abkommen“ niedergelegt, die den amerikanischen Standpunkt verdeutlichen: Der Handel über den Ozean und innerhalb Europas sollte im Sinne der Nichtdiskriminierung und der Zusammenarbeit geführt werden. Einige der beteiligten Staaten brachten Einwände vor gegen einzelne Bedingungen der Verträge, besonders gegen die Artikel, die der ECA ziemlich weitgehende Vollmachten bei der Festsetzung der Währungsparitäten gebracht hätten. Die Empfangsländer waren auch nicht damit einverstanden, sich für die ganze Periode zu verpflichten, während die amerikanische Hilfe vorläufig nur für ein Jahr bewilligt war. Schließlich nahmen einige Staaten daran Anstoß, daß sie beim Handel mit den amerikanisch besetzten Gebieten (Deutschland, Japan, Korea) die Meistbegünstigung anwenden und amerikanischen Bürgern in ihrem Bereich in allen Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten ohne Zusicherung der Gegenseitigkeit die gleiche Behandlung wie den eigenen Staatsangehörigen gewähren sollten (!). Amerika machte einige Zugeständnisse und die meisten Verträge waren bis Juli 1948 unterzeichnet; verspätet unterschrieben Großbritannien, die Türkei und Portugal; mit der Schweiz kam kein Abkommen zustande.

Die Bedingungen gliedern sich mit geringfügigen Änderungen von Land zu Land in vier Teile:

„1. Verpflichtet sich das betreffende Land, der ECA jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen (ausschließlich vertraulicher Informationen);

¹⁴) Die Zahlenangaben in den verschiedenen Quellen variieren erheblich, da unterschiedliche Zeitabschnitte zugrunde gelegt werden. Die hier angegebenen Summen entstammen dem offiziellen abschließenden Bericht der deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshall-Plans und die Fortführung amerikanischer Wirtschaftshilfe (MSA) für die Zeit bis 31. 12. 1952, Bonn 1953, S. 158.

2. soll alles unternommen werden, um die Produktion zu fördern, die Währung stabil und den Staatshaushalt ausgeglichen zu halten (einschließlich der engsten Zusammenarbeit mit den anderen Ländern im Sinne einer Erleichterung der Handelsbeziehungen);

3. haben die meisten der 19 Länder den Vereinigten Staaten den bedingten Zugang zu den in ihrem Gebiet vorhandenen seltenen (hauptsächlich militärisch wichtigen) Rohstoffen zu gewähren; und

4. werden für die Erlöse der Gratislieferungen die ‚Gegenfonds‘ aufgestellt, die von der Regierung des betreffenden Landes auf einem Spezialkonto der Nationalbank zu sammeln und — außer für die Ausgaben der ECA innerhalb des Landes — für mit der ERP-Verwaltung (und der US-Regierung) zu besprechende Wiederaufbau- und Entwicklungsaufgaben zweckbestimmt sind, die auch die Stabilisierung der Währung und die Tilgung der nationalen Schuld einschließen.“¹⁵)

Der Marshall-Plan war ein Angebot an Europa, gemeinsame Selbsthilfe zu entwickeln, die von den Vereinigten Staaten freundschaftlich unterstützt wurde. Marshall regte damit die Einigung Europas einschließlich des isolierten Westdeutschlands an. Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) war die erste internationale Institution, an der Westdeutschland vollberechtigt teilnehmen durfte; der ERP-Vertrag mit den USA war der erste Staatsvertrag, den die Bundesrepublik abschloß. Schon im Juli 1947 bekam der amerikanische Militärgouverneur General Clay den Auftrag, das deutsche Volk beim Aufbau eines Staates zu unterstützen, der sich selbst erhalten und sich in die europäische Wirtschaft eingliedern sollte. Für ein geordnetes und blühendes Europa ist, so hieß es in der Begründung, der wirtschaftliche Beitrag eines stabilen und produktiven Deutschlands notwendig¹⁶).

General Lucius D. Clay meinte aber auch — sehr zum Ärger der Gewerkschaften und vieler Sozialdemokraten —, das deutsche Volk müsse die Möglichkeit haben, „eine freie Wirtschaft kennenzulernen“; er verbot alle Versuche, öffentliches Besitzrecht oder ge-

¹⁵) Hugo Henikstein, Die amerikanische Handelspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und die Wiederbelebung des Welthandels, Wien 1950, S. 156.

¹⁶) F. Hauenstein, a. a. O.

werkschaftliche Mitbestimmung über Ländergesetze einzuführen¹⁷⁾.

Die Marshall-Plan-Lieferungen wurden zwar aus dem amerikanischen Staatshaushalt bestritten, die europäischen Empfänger mußten sie jedoch in Landeswährung bezahlen und in den bereits erwähnten „Gegenwertfonds“ anlegen. Im Unterschied zu anderen Ländern, wo diese Fonds allmählich in den Haushalten aufgingen, wurden sie in der Bundesrepublik vom regulären Etat getrennt und zur Finanzierung von Krediten für den weiteren wirtschaftlichen Wiederaufbau, dann zur Unterstützung einzelner Wirtschaftszweige verwendet. Die Gegenwertmittel, die zu Anfang sechs Milliarden DM betragen, sind inzwischen durch Tilgung und Verzinsung der Kredite auf 10,8 Milliarden DM (1974) angewachsen und bilden die Basis für neue Darlehen an die deutsche Wirtschaft und Entwicklungsländer.

Die Hauptbedeutung der bilateralen Abkommen lag für die USA nicht so sehr in den materiellen Gegenleistungen, sondern in den Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und in der garantierten Verwendung der Gelder für den Wiederaufbau im Sinne einer Erweiterung des Handels („... to promote production, to take the necessary measures to establish financial stability and to further the increase of trade“). Vorsichtige Kritik am amerikanischen Vorgehen wurde jedoch auch schon 1950 laut: „Gewisse Gefahren nichtökonomischer Art sind für die Vereinigten Staaten allerdings in den Abkommen deswegen latent, weil die Texte keine Handhaben gegenüber etwaigen politischen Vorwürfen bieten... Es ist jedoch denkbar, daß durch vielleicht absichtlich kraß gezogene Konsequenzen aus den Artikeln ein gewisser Imperialismus herausgelesen werden könnte, der einem Gegner des Programms unter Umständen Ansatzpunk-

¹⁷⁾ Vgl. Der Spiegel vom 23. 10. 1972 sowie Otto Winzer, Der Marshall-Plan. Was er bringt und was er nimmt, Berlin 1948. Der spätere Außenminister der DDR äußert in dieser Broschüre eine Fülle propagandistischer Phrasen und Fehlspekulationen, weist aber auch auf einige Mängel der amerikanischen Maßnahmen hin, so z. B. die Demontagen aus Konkurrenzgründen, die fast generelle Freigabe deutscher Patente und Verfahren, das Verbot des Osthandels, die gesteigerte Rohstoffausfuhr (statt Fertigprodukten) und das Verbot der Mitbestimmung, ergänzt durch besondere Förderung des „freien Unternehmertums“. Ausführlich diskutiert wird die Problematik auch bei Hadley Arkes, Bureaucracy, the Marshall Plan und National Interest, Princeton 1972.

te für Kritik geben könnte... Wenn man will, kann man hier die Bedingungen der Meistbegünstigung im Handel mit den amerikanisch besetzten Gebieten, die Sonderbehandlung amerikanischer Staatsbürger über den Internationalen Gerichtshof und die im Einvernehmen mit Amerika vorzunehmende Zweckbestimmung der Gegenfonds anführen.“¹⁸⁾

Mit insgesamt über drei Milliarden Dollar, die Deutschland an Nothilfe von der US-Armee und aus dem Marshall-Plan erhalten hatte, stand es hinter Großbritannien, Frankreich und Italien an vierter Stelle der ERP-Länder. Beide Arten von Geldern wurden an Deutschland zwar als „grants“, als Zuschüsse, gegeben, begründeten aber — von der sonst üblichen Norm abweichend — eine Forderung gegen Deutschland als eine Art erster Hypothek, um mögliche andere Forderungen (z. B. der Sowjetunion) abzuwehren. Bei den Londoner Schuldenverhandlungen 1955 wurde vereinbart, daß nur ein Drittel der bis 30. Juni 1951 zugeteilten Mittel aus Armeehilfe und Marshall-Plan in 35 Jahresraten an die USA zurückgezahlt werden sollten. Diese Summe von etwa einer Milliarde Dollar wurde bereits am 30. Juni 1971 durch Zahlung der letzten Rate beglichen¹⁹⁾.

Zweifellos bildete der Marshall-Plan die entscheidende Starthilfe für die westeuropäischen Völker zur wirtschaftlichen Gesundung und Erreichung von politischer und sozialer Stabilität. „Marshall-Plan, OEEC und Montan Union — und im Zusammenhang damit das Ende einer negativen Besatzungspolitik, wie sie sich in den Demontagen ausdrückte — wurden die ersten Stationen jener europäischen Renaissance, von der ich lieber rede als vom ‚deutschen Wunder‘, das in Wirklichkeit ein europäisches war“, sagte Bundeskanzler Willy Brandt am 5. Juni 1972 bei seiner Dankesrede zum 25. Jahrestag des Marshall-Plans an der Harvard Universität²⁰⁾. Als Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu einem wachsenden Verständnis der Partner auf beiden Seiten des Atlantiks überreichte er die ersten Schecks für die Errichtung einer Deutschen Marshall-Gedächtnisstiftung in den Vereinigten Staaten („The German Marshall Fund of the United States — A Memorial to the Marshall Plan“) über 150 Millionen DM Stammkapital.

¹⁸⁾ H. Henikstein, a. a. O., S. 157.

¹⁹⁾ Vgl. Carl-Christian Kaiser, Dank an die Amerikaner, in: Die ZEIT, Nr. 23 vom 9. 6. 1972.

²⁰⁾ Vgl. Das Parlament, 7. Juni 1972, S. 12.

USA und Europa — Partner und Konkurrenten

Nachdem amerikanisches Kapital und „Know-how“ entscheidend beim Wiederaufbau geholfen hatten, verstärkte sich naturgemäß das Interesse und politische Engagement der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik. Bis etwa zu Beginn der siebziger Jahre förderten die USA die europäische Zusammenarbeit und Integration durch alle Mittel der wirtschaftlichen Außenpolitik, um das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu erhalten, auch wenn sich diese Politik nicht immer positiv für die amerikanischen Wirtschaftsinteressen auswirkte. Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen („General Agreement on Tariffs and Trade“ — GATT) von 1947 machte die während des Zweiten Weltkrieges ausgehöhlte Meistbegünstigung wieder zu einer wichtigen Vertragsklausel und förderte die Liberalisierung des internationalen Handels. Die Bundesrepublik trat 1951 dem GATT bei, dem gegenwärtig über 80 Staaten angehören (die Sowjetunion und die übrigen Ostblockstaaten sind nicht Mitglieder), und dessen Hauptziele Zollsensenkungen sowie der Abbau mengenmäßiger Beschränkungen und handelspolitischer Diskriminierungen sind. Die jüngste große Konferenz im Rahmen des GATT, die sogenannte „Kennedy-Runde“ von 1964 bis 1967, erreichte u. a. Zollsensenkungen auf Industrieprodukte von 35 bis 40 %.

Amerika spielte eine wichtige Rolle bei der Initiierung der europäischen Zusammenarbeit nicht zuletzt dadurch, daß Amerikaner sich mit Problemen zu beschäftigen hatten, die am besten durch engere Kooperation zwischen Europäern gelöst werden konnten. Paul G. Hoffmann, ehemaliger Präsident der Studebaker Corporation und Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung und seit April 1948 Administrator der Marshall-Hilfe als Chef der ECA, ging weit über Marshalls Vorstellungen hinaus, als er im Herbst 1949 die Europäer zur „Integration“ drängte, womit er die Schaffung eines „einzigsten großen Marktes“ frei von Kontingenten, Devisenbewirtschaftung und „schließlich aller Zölle“ meinte ²¹⁾.

Die europäische Einigung wurde vom Kongreß befürwortet, von der ECA und dem Au-

ßenministerium jedoch nicht forciert. Die amerikanische Exekutive zeigte offensichtliche Zurückhaltung bei der Durchsetzung von Lösungen, die nicht für alle oder wenigstens die wichtigsten Teilnehmer am ERP akzeptabel waren, denn ihr war klar, daß ein lebensfähiger Zusammenschluß nicht von außen aufgelegt werden kann ²²⁾.

Das französische Veto gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 machte die Grenzen deutlich, die Amerika bei der Beeinflussung der europäischen Ereignisse gesetzt waren. Bei diesem Versuch rannten die Vereinigten Staaten keine offenen Türen mehr ein und verhielten sich danach wesentlich vorsichtiger. Die EWG und die weiteren Integrationsversuche waren somit relativ autonome europäische Bemühungen, die dann jedoch ihrerseits die amerikanische Politik beeinflussten.

Mit der zunehmenden Integration der Europäischen Gemeinschaften steigerte sich die amerikanische Besorgnis: Hohe Wachstumsraten in Europa führten zu Fragen, ob die Wirtschaftspolitik im langsamer wachsenden Amerika denn richtig sei; zum erstenmal machte die Zahlungsbilanz Kummer; die Beziehungen zu Europa schienen das Problem zu vergrößern, denn die Kosten für die dort stationierten amerikanischen Truppen steigerten den Dollarabfluß; die Importe aus Europa wuchsen schneller als die Exporte in jenes Gebiet; amerikanische Investitionen stiegen rapide an. Größere Autonomie in Europa bedeutete auch, daß es mehr Raum als früher für Meinungsunterschiede bei internationalen Problemen und insbesondere dem internationalen Währungssystem gab ²³⁾.

Zollsensenkungen, wie die von der Kennedy-Runde erzielten, genügten aber nicht, die Probleme aus der Welt zu schaffen, denn die entscheidenden Handelsbarrieren bilden heute diejenigen, die nichts mit Zöllen zu tun haben, sondern in den nationalen Gesetzen und Bestimmungen der Handelsblöcke verankert sind, die sogenannten „Non-tariff barriers“.

Seit Nixons „Politik der neuen Realität“ im Jahre 1971 stehen die amerikanischen Wirtschaftsinteressen an erster Stelle. Das be-

²¹⁾ William Diebold, Jr., *The United States and the Industrial World. American Foreign Policy in the 1970's*, New York 1972, S. 25, und Ernst Schroeder, *Vier Jahre Marshall-Plan*, 1953, S. 51.

²²⁾ Vgl. E. H. van der Beugel, *From Marshall Aid to Atlantic Partnership*, Amsterdam 1966, S. 220 f.

²³⁾ Vgl. W. Diebold, a. a. O., S. 24

deutet einen stärkeren Einsatz der ökonomischen Potenz als politisches Machtmittel. Das amerikanische außenpolitische Strukturziel ist es, möglichst günstige Austauschbeziehungen in der Welt zu haben, was im Idealfall die Auflösung aller Handels- und Währungsblöcke bedeuten würde. Darum sehen die USA heute die Europäische Gemeinschaft mit einem lachenden und einem weinenden Auge an, denn der Handelsausbau der Europäer im Mittelmeerraum und in Afrika tangiert die von Amerika angestrebte Handlungsfreiheit. Die Vereinigten Staaten verlangen von Europa reale Anstrengungen, die diskriminierenden Auswirkungen seiner regionalen Integration auf den amerikanischen Export auf ein Mindestmaß zu verringern. Sie fordern Konzessionen hauptsächlich auf den Gebieten des Industriehandels, der Landwirtschaft (die in den vergangenen Jahren über 20 % des amerikanischen Exporteinkommens brachte und zum wichtigsten Devisenbringer der USA wurde) und der Präferenzabkommen der EG, wobei sie m. E. berechtigterweise gegen die Gegenpräferenzen bestimmter Entwicklungsländer an die Europäische Gemeinschaft opponieren. Die Europäer wurden — so ist der heute vorherrschende Eindruck — für die Amerikaner auf wirtschaftlichem Gebiet vom

Industriegebieten die niedrigsten Zölle aufweise, während in einer vom GATT aufgestellten Liste über 800 Handelsschranken die USA am häufigsten auftauchten. In der Gesamtentwicklung war die EG in der Tat ein schnell wachsender Markt für amerikanische Exporte. Von 1958 bis 1970 war die amerikanische Ausfuhr in die Gemeinschaft von 2,8 Milliarden Dollar auf 9 Milliarden Dollar gestiegen, die Einfuhr aus der EWG von 1,7 Milliarden auf 6,6 Milliarden Dollar.

In Anbetracht des hohen Defizits der amerikanischen Zahlungsbilanz, das 1972 einen Rekord von 5,9 Milliarden Dollar erreichte, wird jedoch oft übersehen, daß die amerikanische Bilanz gegenüber Westeuropa mit Ausnahme von 1972 immer positiv war und ist und daß der Umsatz der US-Konzerne in der EG (vor allem der Multis wie Exxon, General Motors, ITT und IBM) mehr als das zweieinhalbfache des amerikanischen Exports in die EG ausmacht²⁵⁾.

Die amerikanische Zahlungsbilanz wies traditionell Überschüsse aus; erst 1971 wurde sie defizitär. Das liegt nicht an einem Rückgang der Ausfuhr, die im Gegenteil kontinuierlich stieg, sondern daran, daß die Einfuhr wesentlich stärker zunahm. Es klingt also wenig

US-Handelsbilanz (Überschuß bzw. Defizit in Millionen Dollar)²⁶⁾

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Gesamt	4 812	4 733	1 410	1 963	3 272	-1 465	-5 934	4 176	3 825
davon:									
Kanada	527	32	- 933	-1 247	-2 013	-2 396	-2 492	-2 611	-2 350
Japan	-593	-300	-1 100	-1 398	-1 223	-3 206	?	-1 363	-1 659
Westeuropa	2 212	2 135	993	2 254	3 294	1 567	- 62	2 074	4 894

alliierten und geschätzten Partner zum mehr oder weniger lästigen Herausforderer und Konkurrenten²⁴⁾.

Die Brüsseler EG-Kommission wies im Oktober 1971 die amerikanischen Vorwürfe zurück und betonte, daß die EG von allen wichtigen

wahrscheinlich, daß die Verschlechterung der Handelsbilanz eine Folge von Handelshindernissen sei, die die Vereinigten Staaten besonders trafen. So sagte US-Botschafter Hillenbrand am 19. September 1974 in Düsseldorf

²⁴⁾ E.-O. Czempiel in einem Vortrag vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München am 2. Juni 1973. Vgl. auch Randall Hinshaw, *The European Community and American Trade. A study in Atlantic Economics and Policy*, New York 1964.

²⁵⁾ Im gesamten nichtamerikanischen Ausland produzieren die Töchter der US-Unternehmen sogar das vierfache der amerikanischen Exporte; vgl. *Der Spiegel*, 10. Nov. 1975.

²⁶⁾ US-Department of Commerce, Washington 1972; und: *Statistical Abstracts*, Washington 1975.

vor der amerikanischen Handelskammer in Deutschland: „There are few significant trade or financial barriers to expanding our exports to Germany.“

Das handels- und währungspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika wird auch durch den Sicherheitsbereich wesentlich mitbeeinflusst, da die amerikanische Drohung des Truppenabzugs unausgesprochen dauernd präsent ist²⁷⁾, obwohl die Unterhaltung der US-Truppen im Rahmen des NATO-Vertrags den amerikanischen Steuerzahler weniger kostet, wenn die Soldaten in Europa statt in den USA stationiert sind. Zwar hat die Bundesrepublik seit 1961 durch die bisher acht Devisenausgleichsabkommen über rund 40 Milliarden DM die USA von etwa 80 % der durch den Unterhalt ihrer Streitkräfte in Westdeutschland entstehenden Dollarausgaben entlastet, was von der amerikanischen Regierung auch anerkannt und gewürdigt wird, jedoch herrschen im Kongreß, den Medien und der Öffentlichkeit andere Empfindungen vor. Aussagen wie die des damaligen stellvertretenden Außenministers, Staatssekretär Elliot Richardson, am 20. Januar 1970 vor dem Außenpolitischen Rat der Stadt Chicago helfen offenbar wenig: „In völligem Gegensatz zu den frühen Tagen unserer Republik, als George Washington davor zu warnen pflegte, ‚den heimtückischen Listen‘ des europäischen Einflusses zum Opfer zu fallen, sind unsere Bindungen zu Westeuropa heute so fest gegründet, daß ein Kommentar zu diesem Thema als eine ermüdende Bekräftigung des Selbstverständlichen empfunden wird... Zwei Weltkriege haben dazu geführt, daß das amerikanische Volk mit großer Klarheit erkennt, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten direkt mit der Sicherheit Europas verbunden ist... Wenn beispielsweise alle unsere gegenwärtig in Europa befindlichen Truppen heimgebracht und in den USA stationiert würden, dann würden sich in unserem Verteidigungshaushalt nur geringe oder gar keine Einsparungen ergeben. Möglicherweise müßten wir sogar noch etwas mehr Geld aufbringen, weil wir

²⁷⁾ Als der frühere Präsident der Bundesbank, Karl Blessing, gefragt wurde, ob die USA mit Truppenabzug gedroht hätten, um Deutschland zur Zustimmung zu bewegen, Dollars statt Gold zu halten, sagte er, daß es eine zwar nie ausgesprochene, aber immer vorhandene Drohung war. Vgl. Interview in: *Der Spiegel*, 3. Mai 1971, S. 82.

beträchtliche finanzielle Vorteile verlieren würden. In Deutschland stellt die Bundesregierung unseren Streitkräften Land, Unterkünfte, Anlagen und Dienstleistungen kostenlos oder zu ermäßigten Kosten zur Verfügung. Eine Zweitanlage solcher Einrichtungen und ihre Unterhaltung in den Vereinigten Staaten würde große und ständige Ausgaben zur Folge haben, die praktisch die Einsparungen aufgrund kürzerer Nachschubverbindungen und bei den Transportkosten nach Europa aufheben würden. Die Belastung unserer Zahlungsbilanz aufgrund unserer militärischen Dislozierung in Europa beläuft sich gegenwärtig auf 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist zweifellos eine beträchtliche Summe, und wenn unsere Truppen in die USA zurückgebracht würden, dann würde ein großer Teil dieser Dollar im Lande verbleiben. Dieses Problem ist jedoch zum Teil durch Devisenausgleichsvereinbarungen mit den europäischen Ländern, vor allem mit Deutschland, neutralisiert worden, und wir suchen gegenwärtig nach Mitteln, um diese Vereinbarungen noch zureichender zu gestalten. Darüber hinaus würde ein Abzug unserer Truppen aus Europa wahrscheinlich umgehend negative Effekte für uns auslösen, vor allem durch ein Nachlassen unserer Verkäufe von militärischer Ausrüstung an unsere Verbündeten sowie der allgemeinen Exporte nach diesen Ländern.“²⁸⁾

Nach Ablauf des letzten deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens im Sommer 1975, das deutsche Leistungen in Höhe von 5,92 Milliarden DM für militärische Beschaffungen, Ankauf mittelfristiger Schuldverschreibungen des US-Schatzamtes und die Fortsetzung des Programms zur Modernisierung von Kasernen und anderen Unterkünften der US-Streitkräfte sowie zivile Beschaffungen umfaßte, scheint kein neuer Vertrag mehr zustande zu kommen. Nachdem die Hauptursache für die letzten Abkommen, die negative Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten, nach der Dollar-Abwertung 1973 und seit Ende des Vietnamkrieges durch ein komfortables Devisenpolster überwunden ist, sieht die deutsche Bundesregierung keine Rechtfertigung mehr für neue Zahlungsverpflichtungen²⁹⁾.

²⁸⁾ Amerika-Dienst, Bonn-Bad Godesberg, 22. 1. 1970.

²⁹⁾ Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 5/76 vom 26. 1. 1976, S. 26.

Das neue Außenhandelsgesetz von 1974

Das neue Außenhandelsgesetz betont den bereits erwähnten Machtfaktor, der in der ökonomischen Potenz der Vereinigten Staaten liegt, in deutlicher Form. Es gibt dem Präsidenten erheblichen Spielraum zur Senkung oder Erhöhung von Zöllen, und gegenüber dem Kongreß eine stärkere Stellung in handelspolitischen Entscheidungen als bisher.

Nach der Ölkrise waren sich die westlichen Industriegesellschaften einig: Keine Regierung, so versicherten die Mitgliedsstaaten der OECD einander Anfang 1974, würde zur Überwindung der Krise protektionistische Maßnahmen ergreifen und damit die Last der Probleme auf die Partner abwälzen. Das Stillhalteabkommen scheint inzwischen beiderseits des Atlantiks in Vergessenheit zu geraten, man wirft einander unfaire Handelspraktiken, Dumpingmethoden und Protektionismus vor. Anfang Oktober 1975 wandte sich die Brüsseler Kommission mit harten Worten an die amerikanische Regierung: „In diesem Fall wie schon in anderen erwartet die Kommission von der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie ihre internationalen Verpflichtungen einhält und mit den anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft ihre Verantwortung gegenüber den Kräften des Protektionismus wahrnimmt.“³⁰⁾

Brüssel protestierte gegen den bisher letzten und schwersten Fall in einer Reihe von Verfahren, die seit Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzes beim US-Schatzministerium gegen Importe aus dem Ausland angestrengt wurden. Es geht gegen die europäische Mehrwertsteuerpraxis, gegen die Amerikas größter Stahlproduzent, die U. S. Steel Corporation in Pittsburgh, eine Musterentscheidung erzwingen will. Nach deren Auffassung verstößt die Erstattung der Mehrwertsteuer bei Exporten gegen die Regeln eines fairen Wettbewerbs; sie sei eine Subventionierung der Exporte, also eine „unfaire Handelspraxis“, gegen die das neue Handelsgesetz Ausgleichszölle als Vergeltungsmaßnahme vorsieht. Adressat der Vorwürfe sind die Stahlexportländer der EG, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Großbritannien, die auch in der gegenwärtigen Flaute relativ gute Absätze in den USA erzielen konnten, während die amerika-

nischen Stahlexporte erheblich zurückgingen.

Noch vor den Pittsburghern hatten sich bereits andere Lobbyisten mit Klagen an das Schatzministerium gewandt: Die mächtige Automobilarbeitergewerkschaft (UAW), die auch sonst ihre Landsleute zu nationalbewußtem Konsum anhält („Buy American!“), brachte ein Anti-Dumping-Verfahren ins Rollen, das vor allem gegen das Volkswagenwerk gerichtet ist. Nach dem Spruch der von der amerikanischen Regierung unabhängigen „International Trade Commission“, die Anfang September 1975 feststellte, daß eine Schädigung der amerikanischen Automobilindustrie durch Importe nicht auszuschließen sei, mußte das Schatzministerium tätig werden, dessen Entscheidung nun erwartet wird.

Somit drohen gegen rund ein Fünftel der EG-Exporte in die USA im Werte von 19 Milliarden Dollar (1974) Verfahren eingeleitet zu werden. Der EG-Vertreter beim GATT in Genf, Paul Luyten, hielt der amerikanischen Delegation vor: „Die Gemeinschaft übersieht nicht, daß der überwiegende Teil dieser Verfahren auf private Wirtschaftsgruppen in den USA zurückgeht. Aber die Art, wie die amerikanische Administration auf deren Begehren reagiert hat, bereitet uns Sorgen.“³¹⁾ So werde z. B. die Zollabfertigung europäischer Waren in den USA verzögert. In anderen Fällen hätten die Exporteure empfindliche Kosten tragen müssen, um sich ihr Recht gegenüber den Behörden zu verschaffen.

Die größte Sorge bereitet den Brüsselern jedoch die Frage, ob die amerikanische Regierung so kurz vor den Präsidentschaftswahlen den Versuchungen der Protektionisten widersteht. Bei der Mehrwertsteuer handelt es sich immerhin schon um den zweiten Vorstoß, den die Stahllobby unternimmt. Dabei werde absichtlich übersehen, daß das Prinzip der Freistellung der Exporte von der Mehrwertsteuer ausdrücklich den GATT-Regeln, also einer „fairen Handelspolitik“ entspricht. Denn erst durch die Befreiung von der von Land zu Land unterschiedlichen Steuer auf den Verbrauch entstehen international gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Trotz aller Probleme und Gegensätze bleiben die USA nach Frankreich und den Niederlan-

³⁰⁾ Hans-Hagen Bremer, In Brüssel wird die Faust geballt, in: Die ZEIT, Nr. 41 vom 3. 10. 1975.

³¹⁾ H.-H. Bremer, a. a. O.

den der drittgrößte Handelspartner Deutschlands. Beide Volkswirtschaften sind eng verflochten, und die Kurskorrekturen des Dollars in den vergangenen Jahren haben zu einem starken Anwachsen der deutschen Direktinvestitionen in den USA geführt, die Mitte 1974 3,1 Milliarden DM erreichten, Mitte 1975 sogar über 3,8 Milliarden DM. Die US-Investitionen in der Bundesrepublik betragen Mitte 1974 15,9 Milliarden DM, Mitte 1975 erreichten sie 16,6 Milliarden DM und sind damit mehr als viermal so groß wie die deutschen in den USA (Jahresberichte der Bun-

desregierung, Bonn). Die Vereinigten Staaten bemühen sich gleichzeitig um einen verstärkten Export in die Bundesrepublik Deutschland; Botschaft und Konsulate fördern diese Bemühungen durch Beratung und konkrete Hilfsprogramme.

Die vitale Partnerschaft, die die „Achse“ Bonn—Washington heute kennzeichnet, wird gelegentliche Belastungsproben wohl wie bisher überstehen, zumal beide Seiten in einer Fülle von internationalen Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eng zusammenarbeiten.

Hartmut Wasser: Die Deutschen und Amerika — Umriss einer Beziehung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/76, S. 3—15

Obwohl die Vereinigten Staaten im zwanzigsten Jahrhundert mehrfach die deutsche Entwicklung entscheidend beeinflußt haben, zählen bis heute objektive Kenntnisse über Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der USA zur Mangelware in unserem Land, präsentiert das deutsche Amerikabild in Vergangenheit und Gegenwart eine seltsame Mischung aus Vorurteil, Legende, Halbwahrheit und Irrtum. Wo in Deutschland seit dem frühen neunzehnten Jahrhundert über Amerika geurteilt wird, geschieht dies aus europazentrischer Perspektive wie etwa in der spekulativen Geschichtsphilosophie Hegels oder bei Marx und Engels, ferner aus jenem organisch-historischen Weltverständnis der Romantik, dem das junge transatlantische Gemeinwesen als seelenlos-mechanistische Zivilisation, unfähig zu echter kultureller Hervorbringung, erscheinen will. Wo Vormärz-Liberale wie Mohl, Rotteck oder Welcker über das verfassungspolitische Modell Amerika reflektieren, um Anregungen für die konstitutionelle Neugestaltung Deutschlands zu gewinnen, demonstriert das Scheitern der Paulskirchenbewegung die Wirkungslosigkeit solcher Bemühungen, die erst 1919 in den Verfassungsdiskussionen der Weimarer Nationalversammlung neue Aktualität erlangen.

Wenngleich seit der Jahrhundertwende die sozialwissenschaftliche Amerikaforschung rasch zunahm (Weber, Sombart, Jellinek, Troeltsch u. a.), ist doch das Amerikabild der deutschen Öffentlichkeit weiterhin von traditionellen Klischees bestimmt geblieben, wie sie die politische Führung im Ersten Weltkrieg und seit der nationalsozialistischen Machtübernahme aus durchsichtigen Motiven bekräftigt hat. Ignoranz und Arroganz haben an jener Kontinuität der Irrtümer im deutschen Amerikaverständnis mitgewirkt, deren politische Folgen in beiden Weltkriegen deutlich geworden sind.

Nach 1945 hat sich unter dem Druck der weltpolitischen Ereignisse die Notwendigkeit einer intensiveren Beschäftigung mit den USA für die deutsche Gesellschaft verstärkt. Phasen eines unreflektierten Proamerikanismus und eines emotionalen Antiamerikanismus haben sich abgewechselt. Als Aufgabe aber ist geblieben, die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf ein vorurteilsfreies und nüchternes Amerikaverständnis zu gründen, um sie dauerhaft zu konsolidieren.

Rüdiger Bernd Wersich: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/76, S. 17—30

Die gegenwärtige deutsch-amerikanische Partnerschaft hat auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen eine wechselvolle Geschichte hinter sich. In den Anfangsjahren der jungen amerikanischen Republik förderten hohe Schutzzölle den Aufbau der amerikanischen Industrie und halfen, die Union von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa zu befreien. Der preußisch-amerikanische Freundschafts- und Handelsvertrag von 1785 begründete die Handelsbeziehungen mit Deutschland, die dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen mit zahlreichen deutschen Teilstaaten stark ausgebaut wurden. Wachsende Defizite zu Lasten Deutschlands wegen der amerikanischen Hochschutzzollpolitik führten um 1900 zu gereizter Stimmung auf beiden Seiten, zu Diskussionen über einen Handelskrieg. Den Höhepunkt bildete in den Jahren 1909/10 der Zwist um das deutsche Kalisyndikat, das seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt mit überhöhten Auslandspreisen ausnutzte. Der Handels- und Konsularvertrag von 1923 erleichterte die Beziehungen und stellte die Meistbegünstigung wieder her. Die Nazizeit unterbrach aber diese verbesserten Handelsbeziehungen und führte zu erheblichem Rückgang der Exporte und teilweisem Boykott deutscher Waren.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs beschworen Not und Elend in Europa die Gefahr politischer Instabilität herauf. Aus humanitären, politischen und wirtschaftlichen Gründen waren die USA an einer baldigen Besserung der Lage interessiert und konzipierten mit der Marshallplanhilfe ein Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas, das dem Kommunismus in diesem Gebiet keine Chance lassen sollte. Es initiierte die engere europäische Zusammenarbeit durch Unterstützung der gemeinsamen Selbsthilfe und schaffte gleichzeitig bessere Handelsbedingungen und erweiterte Märkte für amerikanische Produkte. Die „Gegenwertfonds“ der Marshallplangelder unterstützten den Wiederaufbau Europas und die Stabilisierung der Währungen und bilden in der Bundesrepublik bis heute die Grundlage für Darlehen an die deutsche Wirtschaft und Entwicklungsländer. Die Rückzahlung eines Drittels der Hilfsgelder und die Errichtung der deutschen Marshall-Gedächtnisstiftung in Harvard 1972 bilden den Abschluß dieses Programms, das die entscheidende Starthilfe für den Zusammenschluß der westeuropäischen Völker unter Einbeziehung des besiegten Deutschlands darstellte.